

Krischan Oberle

Österreich und Nicaragua

Ein Stimmungsbild der 1980er Jahre aus Politik und
Brigadenbewegung

Forschungsseminar Archive des Helfens? Das Mittelalter der
österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, Studienjahr 2014

Wien 2016

Inhaltsverzeichnis

| | |
|---|----|
| 1. Einleitung | 3 |
| 2. Vorgeschichte Nicaragua | 4 |
| 3. Geschichte der österreichischen Solidaritätsbewegung | 7 |
| 4. Verortung der Konfliktlinien um Nicaragua. Der österreichische und internationale Kontext..... | 10 |
| 4.1. Politische Situation im Österreich der frühen 1980er Jahre | 10 |
| 4.2. Außenpolitik Österreichs | 12 |
| 4.3. Außenpolitischer Konsens | 18 |
| 4.4. Neutralität | 18 |
| 4.5. Internationale Parteienkoordinierung..... | 20 |
| 5. Konfliktlinien zwischen Politik und Brigadenbewegung | 21 |
| 5.1. Konflikte zwischen SPÖ und ÖVP | 21 |
| 5.1.1. Haltung der Volksparteien zum FSLN | 21 |
| 5.1.2. Antiamerikanismus und selbstständige Außenpolitik..... | 24 |
| 5.1.3. Konkrete Solidarität der SPÖ-(Politiker*innen) | 26 |
| 5.1.4. Verhältnis zu Brigaden | 27 |
| 5.1.5. Kontinuitäten oder Brüche: Regierungswechsel als richtungweisend? .. | 28 |
| 5.2. Nicaragua-Brigaden | 29 |
| 5.2.1. Verhältnis zum FSLN | 29 |
| 5.2.2. Verhältnis zu Entwicklungshilfe | 29 |
| 5.2.3. Verhältnis zu Regierung und Parteien | 31 |
| 5.2.4. Verhältnis zu Medien | 34 |
| 6. Zusammenführung der Ergebnisse | 37 |
| A. Bibliographie | 38 |
| A.1. Primärquellen..... | 38 |
| A.2. Sekundärquellen | 39 |
| B. Methode, Erhebungs- und Kodierprozess | 42 |
| C. Abkürzungsverzeichnis | 43 |

1. Einleitung

Herbert Sburny: *„Wir haben versucht, [...] das Thema Nicaragua wach zu halten und Geld zu sammeln und die Leute und uns vor allem zu informieren.“¹*

Dr. Andreas Khol: *„Man hat in Nicaragua sozusagen den Sozialismus vorbereitet, den man im eigenen Land nicht durchsetzen konnte.“²*

Dr. Peter Jankowitsch: *„Wir [Österreich und die USA] haben einander nicht offen widersprochen, nicht. Aber es war ganz klar, dass es da [in Nicaragua] sehr verschiedene [...] Linien gibt.“³*

Heribert Steinbauer: *„[D]ie Anhänger der sozialdemokratischen Nicaragua-Sekte haben ja alles für richtig gehalten.“⁴*

Die sehr subjektiven Aussagen der vier Interviewpartner⁵ haben trotz ihrer unterschiedlichen Bewertungen eine offensichtliche Gemeinsamkeit. Nicaragua hatte im politischen Diskurs Österreichs eine überraschende Prominenz. Abgesehen davon standen verschiedene Positionen, insbesondere zwischen Solidaritätsbewegung und Regierungspolitik sowie zwischen den Volksparteien, in Konflikt zueinander. Ziel dieser Arbeit ist es, diese Konfliktlinien aufzuzeigen, die sich bis zum Machtverlust der Sandinist*innen 1990 entfalteten. Dabei beschränke ich mich auf die beiden Regierungsparteien Österreichische Volkspartei (ÖVP) und Sozialistische Partei Österreichs (SPÖ) sowie die Nicaragua-Brigaden, die einen prominenten Ausschnitt der Solidaritätsbewegung darstellten. Das ist dadurch gerechtfertigt, dass die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) trotz ihrer Regierungsbeteiligung zu keiner Zeit ein einschlägiges außen- oder entwicklungspolitisches Amt innehatte. Die exklusive Sicht auf die Brigadenbewegung ergibt sich aus der relativ breiten wissenschaftlichen Bearbeitung⁶ und dient der Eingrenzung des

¹ Herbert Sburny, persönl. Gespräch, Wien, 4. Dez. 2015.

² Andreas Khol, persönl. Gespräch, Wien, 3. Dez. 2015.

³ Peter Jankowitsch, persönl. Gespräch, Wien, 15. Jan. 2016.

⁴ Heribert Steinbauer, persönl. Gespräch, Wien, 13. Jan. 2016.

⁵ Die Tatsache, dass ich trotz einer relativ breiten Beteiligung von Frauen am Nicaragua-Diskurs nicht auf Informantinnen zurückgegriffen habe ergab sich über die Kontaktaufnahme und Hinweise zu weiteren interessanten Personen und aus zeitökonomischen Erwägungen. Nichtsdestotrotz stellt sie einen blinden Fleck in meiner Forschungsarbeit dar.

⁶ Zentrale Werke sind Ursula Kanamüller: *Solidaritätsarbeit: nutzlose Anstrengung? Möglichkeiten und Grenzen des Lernens in politischem Handeln am Beispiel der österreichischen Solidaritätsbewegung für Nicaragua (1979-1989)*, Kurzfassung von: Diss., 1989 u.d.T.: Kanamüller, Ursula: *Möglichkeiten und Grenzen des Lernens in politischem Handeln am Beispiel der österreichischen Solidaritätsbewegung für Nicaragua*, München und Wien: Profil, 1992; Jan Rybak: *Eine sehr besondere Revolution, die ich kennenlernen wollte. Die österreichische Nicaragua-Solidaritätsbewegung 1979-1990*, Bremen: Wiener Verl. für Sozialforschung, 2015; Margit Franz:

Untersuchungsgegenstandes. Sie kann jedoch aufgrund der Bedeutung von Städtepartnerschaften⁷ und anderen Formen der Solidaritätsarbeit⁸ *nicht repräsentativ* für die Solidaritätsbewegung stehen. Ebenso kann der Umfang der Datenerhebung, keine Repräsentativität gewährleisten. Nichtsdestotrotz können die erhobenen Daten zur Beantwortung der Forschungsfrage nach Konfliktlinien in der österreichischen Politik und Gesellschaft im Nicaragua-Diskurs beitragen.

In einem ersten Teil schildere ich abrissartig die einschlägige Geschichte Nicaraguas und die politischen und sozialen Umwälzungen, die in den Jahren 1979–84 stattgefunden haben. Dieser Abschnitt erleichtert das Verständnis, warum sich eine Solidaritätsbewegung herausbilden konnte und warum sie in der österreichischen Politik durchaus ambivalent gesehen wurde. An die Geschichte der Solidaritätsbewegung schließt ein Teil an, der die Diskussion im Kontext Österreich verortet. Das folgende Kapitel widmet sich den Konfliktlinien innerhalb der Parteien und der Brigadenbewegung. Am Schluss werden die Ergebnisse als Überblick zusammengeführt. In Anhang B gebe ich über die Forschungsmethode Auskunft.

2. Vorgeschichte Nicaragua

Für den Zeitpunkt der Revolution schätzen die Vereinten Nationen die Bevölkerung Nicaraguas auf etwas mehr als vier Millionen Einwohner*innen.⁹ Um die in der Einleitung angedeutete Bedeutung Nicaraguas für die österreichische Politik und Zivilgesellschaft zu verstehen, ist ein Überblick über die vorrevolutionäre Geschichte unerlässlich. Nachdem die US-Besatzung 1933 offiziell zu Ende gegangen war – Kämpfe zwischen einer von Augusto César Sandino angeführte Guerilla hatten seit 1927 andauert – dominierte die Familie Somoza bis 1979 die die Geschicke Nicaraguas.¹⁰ Der Diktator Anastasio Somoza García wurde nach seinem Tod durch seine Söhne Luís (1955) und Anastasio (1967) Somoza Debayle im Amt des Staatschefs beerbt. Ungeachtet unterschiedlicher Ansätze – Luís Somoza hatte eine

Venceremos – auch hierzulande? Österreichs Entwicklungszusammenarbeit mit dem sandinistischen Nicaragua, Diplomarbeit, Graz, 1993; Fritz Kovacs: Österreich – Nicaragua. Versuche einer Einflussnahme auf die Politik durch die österreichische Solidaritätsbewegung für Nicaragua, Nichtapprobierter Entwurf einer Dissertation, Sept. 1996.

⁷ Siehe Alexandra Humer: Solidarität mit Nicaragua? Städtepartnerschaften als Beispiel kommunaler EZA in Österreich und ihre Rolle in der OEZA, Diplomarbeit, Wien: Universität Wien, 2013.

⁸ Siehe zur Solidaritätsbewegung allgemeiner Rybak: Sehr besondere Revolution (wie Anm. 6), Kap. 6.

⁹ United Nations: World Population Prospects, The 2015 Revision Volume I: Comprehensive Tables (ST/ESA/SER.A/379), New York: Department of Economic and Social Affairs, 2015, S. 24.

¹⁰ Siehe einführend Thomas W. Walker/Christine J. Wade: Nicaragua. Living in the shadow of the eagle, 5. Aufl., Boulder: Westview Press, 2011, S. 25–43.

teilweise politische und ökonomische Liberalisierung verfolgt¹¹ – stützte sich die Herrschaft der Familie auf das Militär, die *Guardia Nacional*.¹² Eine weitere Kontinuität war die Anlehnung an die Vereinigten Staaten.¹³

Der Widerstand gegen die Somoza-Diktatur intensivierte sich ab 1972, als Somoza und die Nationalgarde nach dem verheerenden Erdbeben in Managua internationale Hilfgelder in die eigene Tasche umleiteten. Im Zuge dessen erlebte der *Frente Sandinista de Liberación Nacional* (Sandinistische Nationale Befreiungsfront) (FSLN) und andere Gruppen enormen Zulauf und die Geschäftswelt begann den Widerstand substantiell zu finanzieren.¹⁴ Ein weiterer Eskalationspunkt war die massive Repression, mit der der Staatsapparat auf eine Geiselnahme antwortete, durch die der FSLN Lösegeldforderungen und ein Kommuniqué im Staatsrundfunk durchsetzen konnte.¹⁵ Aufgrund der gravierenden Menschenrechtsverletzungen erlangte die Diktatur international traurige Berühmtheit und die Carter-Administration übte Druck auf das Regime aus.¹⁶ Die darauf wiederhergestellte Pressefreiheit ermöglichte einen ehrlicheren Diskurs in Nicaragua.¹⁷ Die Ermordung des Herausgebers der kritischen *La Prensa*, Pedro Joaquín Chamorro, löste im Jänner 1978 den Befreiungskrieg aus.¹⁸ Dem folgenden Generalstreik und bewaffneten Zusammenstößen begegnete das Regime mit weiterer Gewalt. Ein geleaktes Dokument, in dem Carter Somoza seine Unterstützung zusagte, brachte die Menschen zusätzlich auf.¹⁹ Die Besetzung des vollbesetzten Nationalpalasts durch ein FSLN-Kommando im August, bei dem viele hochrangige Funktionäre als Geiseln festgehalten wurden, erfuhr weitreichende internationale Aufmerksamkeit und ermutigte zu massivem Widerstand weiter Bevölkerungsteile.²⁰ Obwohl Somoza mit massiver Vergeltung gegen die Zivilbevölkerung vorging, gewährte die Carter-Administration bzw. der Internationaler Währungsfonds (IWF) im Mai 1979 einen

¹¹ Ebd., S. 29f.

¹² Walker/Wade: Nicaragua (wie Anm. 10), S. 27, 30.

¹³ Anastasio Somoza García unterstützte die Außenpolitik der USA unbedingt als Anti-Achsen-Verbündeter, Anti-Kommunist, durch die Bereitstellung von Trainingsbasen für die CIA beim Sturz des guatemaltekischen Präsidenten Jacobo Arbenz 1954. vgl ebd., S. 28.

¹⁴ Vgl. ebd., S. 31f.

¹⁵ Vgl. ebd., S. 32.

¹⁶ Vgl. ebd., S. 33.

¹⁷ Vgl. ebd., S. 34.

¹⁸ Der Begriff „Bürgerkrieg“ findet hier keine Anwendung, da sich „virtually all major groups and classes in the country“ am Sturz des ausschließlich von außen (insbesondere von den USA) unterstützten Regimes beteiligten. ebd.

¹⁹ Vgl. ebd., S. 36f.

²⁰ Vgl. ebd., S. 37f.

Kredit von 66 Mio. US-\$, auch aus Angst vor einem zweiten Cuba.²¹ Die finale Offensive führte, trotz der US-Versuche, eine *peace keeping*-Mission im Rahmen der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) einzurichten, zum Fall des Regimes, während Somoza nach Miami ins Exil ging.

Die Geschichte zwischen dem Sturz Somozas und der Abwahl der Sandinist*innen 1990 lässt sich nach Walker und Wade in vier Phasen einteilen.²² Die erste, die von Optimismus geprägt war, endete mit der Wahl Reagans zum Präsidenten der Vereinigten Staaten Ende 1980. Die zweite, bis zum offenen Ausbruch des *Contra*-Krieges 1982, war von Bedenken geprägt, die sich insbesondere auf die sich verschärfende Beziehung zur US-Administration bezogen. Die dritte Phase war vom Krieg gegen die Contra sowie der Blockade der USA geprägt. Sie beinhaltete die Wahl Ortegas 1984 zum Präsidenten. Die letzten fünf Regierungsjahre des FSLN bis 1990 machen die vierte Periode aus. Sie sind vom zu weiten Teilen durch die US-Aggression verursachten ökonomischen Kollaps und zunehmender Verzweiflung bestimmt.

Für diese Arbeit sind die ersten beiden Phasen von herausragender Bedeutung, weil sie, wie unten genauer ausgeführt wird, die Herausbildung der internationalen Solidarität – so auch in Österreich – ermöglichten und prägten. Nach dem 17. Juli 1979 und dem Triumph der Revolution nahm die Regierung des nationalen Wiederaufbaus, in dem auch privilegierte Gesellschaftssektoren vertreten waren, ihre Arbeit auf. Die Angst der US-Regierung, es mit einem zweiten Cuba zu tun zu haben, verschärfte sich mit der wachsenden Dominanz der Sandinist*innen in der Übergangsphase zu den Wahlen 1984.²³ Entgegen diesen Befürchtungen legte die Regierung einen pragmatischen Stil an den Tag. So wurde die *economía mixta*, also ein Mischsystem aus starkem privaten und parallel staatlichem Sektor verfolgt. Neben politischem Pluralismus und ambitionierten Sozialprogrammen suchte die Regierung diplomatische Beziehungen zu einer Vielzahl von Ländern, unabhängig von deren politischem System.²⁴ Trotzdem gab es Spannungen zwischen den verschiedenen Sektoren der Gesellschaft. Unternehmer*innen bangten um ihr Eigentum. Zwei wichtige Marksteine, Bodenreform und Alphabetisierungskampagne,

²¹ Vgl. ebd., S. 38f.

²² Vgl. Walker/Wade: Nicaragua (wie Anm. 10), S. 45, anzumerken ist jedoch, dass diese Periodisierung den FSLN in das Zentrum der Betrachtung stellt, was eine berechnete, nicht aber neutrale Positionierung darstellt.

²³ Vgl. ebd., S. 43.

²⁴ Einige Gründe dafür waren, dass der FSLN auf die Kirche angewiesen war, Katholiken eine wichtige Rolle in der Revolution gespielt hatten; dass die Sowjetunion nicht dazu bereit war, sich stark zu engagieren; dass die geographische Lage keine Sicherheit bot. Vgl. ebd., S. 44f.

fallen in die erste Phase. Letztere erregte international viel Aufsehens und Sympathien. Das lag an den vielen Freiwilligen und ihrem durchschlagenden Erfolg; die offizielle Analphabet*innenzahl sank von 51% auf 13%.²⁵

Mit der Wahl Reagans endet diese Zeit des Aufbruchs. 1981 werden US- und multilaterale Kredite gestrichen, Trainingscamps für Paramilitärs in den USA eröffnet und der *Central Intelligence Agency* (CIA) Geld zur Verfügung gestellt, um *Contra*-Sabotageaktionen zu ermöglichen. Die Angriffe, insbesondere auf vitale Teile der Infrastruktur nahmen 1982 schlagartig zu.²⁶ Das führte zu verstärkten Konflikten in der nicaraguanischen Gesellschaft und zur Einschränkung der Menschenrechte; dazu gehörten unfreiwillige Umsiedlungen von indigener Bevölkerung am Pazifik, die nicht prozessgemäße Behandlung von politischen Häftlingen und die selektive Zensur von Medien (insbesondere von *La Prensa*).²⁷

In der dritten Phase wurde der *Contra*-Krieg immer weiter intensiviert. Angesichts der Okkupation Grenadas 1983 erschien eine US-Invasion in Nicaragua wahrscheinlich.²⁸

3. Geschichte der österreichischen Solidaritätsbewegung

Im Zuge des brutalen Vorgehens der Somoza-Diktatur gegen die Bevölkerung in Nicaragua bildeten sich 1978 in Braunau, Graz, Wien und Salzburg Solidaritätskomitees.²⁹ Als Ausgangspunkt für die Solidaritätsbewegung identifiziert Rybak einen Bericht zu Menschenrechten von Amnesty International 1977 sowie die Ermordung des nicaraguanischen Oppositionsführers und Herausgebers der Tageszeitung *La Prensa*, Chamorro.³⁰ Die bereits erwähnte Erstürmung des Nationalpalastes im August 1978 verhalf dem nicaraguanischen Konflikt zu internationaler Aufmerksamkeit³¹. Von 1978 bis 79 schickte die Arbeitsgemeinschaft Kritische Medizin (AGKM) mit Unterstützung der Kreisky-Regierung österreichische

²⁵ Vgl. ebd., S. 46.

²⁶ Vgl. Walker/Wade: Nicaragua (wie Anm. 10), S. 47.

²⁷ Vgl. ebd., S. 47–49.

²⁸ US-Bürger*innen in Managua gingen regelmäßig auf die Straße um nicht getötet zu werden. Mehr Menschen meldeten sich für die Milizen. Vgl. ebd., S. 2009. Die österreichische Solidaritätsbewegung fürchtete mit Wahl Reagans und der Okkupation Grenadas eine Verschärfung der Lage, bzw. eine US-Invasion. Vgl. Alexander Stoff: Die sandinistische Revolution in Nicaragua im Spiegel der entwicklungspolitischen Presse in Österreich. Nicaragua im Spiegel, Diplomarbeit, Universität Wien, 2007, S. 97f.

²⁹ Kanamüller: Solidaritätsarbeit: nutzlose Anstrengung? (wie Anm. 6), S. 91.

³⁰ Rybak: Sehr besondere Revolution (wie Anm. 6), S. 50, 52.

³¹ Kovacs: Österreich – Nicaragua (wie Anm. 6), S. 57 zit. n. Stoff: Nicaragua im Spiegel (wie Anm. 28), S. 14.

Ärzt*innen zur Betreuung von Kriegsgeflüchteten nach Honduras.³² Parallel gründete sich im November 1978 das überparteiliche Österreichische Solidaritätskomitee für Nicaragua ÖSKN. Ihm gehörten zu diesem Zeitpunkt unter anderen Vertreter*innen der Bundesregierung – Bundeskanzler Bruno Kreisky, Georg Lenkh (Bundeskanzleramt) und die spätere Staatssekretärin Johanna Dohnal -, der Caritas-Chef Prälat Ungar und Vertreter*innen der AGKM und anderer Solidaritätsgruppen, der Gewerkschaften und der Universität Wien an.³³ Neben Öffentlichkeitsarbeit organisierte und finanzierte das ÖSKN Hilfsprojekte und die Entsendung von Ärzt*innen vor, und Brigadist*innen nach dem Fall der Diktatur im Juli 1979.³⁴

Durch Übernahme verschiedener Entwicklungsprojekte durch den Österreichischen Entwicklungsdienst ÖED und das Institut für Internationale Zusammenarbeit (IIZ) in Nicaragua wurde die Basis von Interessierten und Unterstützer*innen insbesondere im kirchlichen Umfeld erheblich verbreitert.³⁵ Rückkehrende Entwicklungshelfer*innen und Brigadist*innen spielten bei der Ausweitung der Solidarität eine herausgehobene Rolle; sie stießen Städtepartnerschaften und Gruppen wie die Arbeitsgemeinschaft für das freie Nicaragua (ARGE) an.³⁶ Ab 1980 wurden zudem verschiedene Versuche unternommen, die Aktivitäten der Solidaritätsbewegung bundesweit zu koordinieren³⁷.

Im Anschluss an die nicaraguanische Revolution 1979 erlebte die Solidaritätsbewegung in Österreich eine vorübergehende Flaute. Mit der zunehmenden Unterstützung der paramilitärischen *Contra* durch die Reagan-Administration und die unmittelbare Gefahr einer US-Invasion 1983 lebte die Solidarität dagegen wieder auf.³⁸ Nachdem der FSLN 1983 um die Bildung internationaler Solidaritätsbrigaden gebeten hatte, entsandte das ÖSKN und später auch die ARGE Arbeitsbrigaden nach Nicaragua.³⁹ Die Schätzungen, wie viele Brigadist*innen international im Einsatz waren variieren stark: Während Kanamüller

³² Ebd.

³³ Vgl. Johannes M. Treytl: Protokoll der Gründung des Solidaritätskomitees für Nicaragua vom 20. Nov. 15 Uhr, Bundeskanzleramt, Kreisky Archiv, VII.1 Länderboxen. Nicaragua Box 1, Wien, 20. Nov. 1983.

³⁴ Stoff: Nicaragua im Spiegel (wie Anm. 28), S. 15–19.

³⁵ Kanamüller: Solidaritätsarbeit: nutzlose Anstrengung? (wie Anm. 6), S. 93; Stoff: Nicaragua im Spiegel (wie Anm. 28), S. 15.

³⁶ Humer: Solidarität mit Nicaragua? (wie Anm. 7), S. 78; Rybak: Sehr besondere Revolution (wie Anm. 6), S. 58.

³⁷ Stoff: Nicaragua im Spiegel (wie Anm. 28), S. 18; Kanamüller: Solidaritätsarbeit: nutzlose Anstrengung? (wie Anm. 6), S. 93, 104; Rybak: Sehr besondere Revolution (wie Anm. 6), S. 75f.

³⁸ Ebd., S. 53f.

³⁹ Ebd., S. 55f.

2.000⁴⁰ kalkuliert, gehen Heß und Lucas von 15.000 aus⁴¹. Laut Kanamüller waren darunter „[a]m Höhepunkt der Kampagne“ ca. 60–70 österreichische Brigadist*innen jährlich.⁴² Durch die Präsenz sollten kriegsbedingte wirtschaftliche Ausfälle kompensiert und einer erwarteten US-Invasion vorgebeugt werden.⁴³ Die Autorin weist zudem darauf hin, dass die Brigaden zunehmend touristische Züge annahmen.⁴⁴ Nach den ersten drei Brigaden, die vom ÖSKN entsandt worden waren, gewährleistete die ARGE Kontinuität. Der Fokus dieser Brigaden zweiter Generation verschob sich Richtung Öffentlichkeitsarbeit.⁴⁵

Jan Rybak hat in seiner Arbeit zur Brigadenbewegung Motivationen für ein Engagement in der Nicaragua-Solidarität herausgearbeitet.⁴⁶ Er baut dabei auf andere Studien auf – zu nennen sind insbesondere jene von Kanamüller und Stoff⁴⁷ – und erweitert ihre Reichweite. Rybak bündelt in seiner Arbeit Motivationen in Gruppen. Unter „Hoffnungen in und Perzeptionen von Nicaragua“⁴⁸ fallen Kontinuitäten antiimperialistischer beziehungsweise der Dritte-Welt-Bewegung. Viele Aktivist*innen waren schon in der Chile-Solidarität engagiert oder stellten Verbindungen zu Allendes Chile her.⁴⁹ Dieser Gruppen von Motivationen zuzurechnen war ebenso die Wahrnehmung positiven sozialen Wandels in Nicaragua, insbesondere die *Cruzada Nacional de Alfabetización*, die als „Teil der Schaffung einer neuen (besseren) Gesellschaft“ wahrgenommen wurde.⁵⁰ Teilweise wurde die Entwicklung einer anderen Gesellschaft auch als modellhaft für Österreich wahrgenommen, weshalb Nicaragua zu unterstützen war.⁵¹ Da der Real Existierende Sozialismus in den Augen vieler an Legitimität verlor(en hatte), galt einigen das sandinistische Modell „als alternatives sozialistisches oder zumindest

⁴⁰ Kanamüller: Solidaritätsarbeit: nutzlose Anstrengung? (wie Anm. 6), S. 100.

⁴¹ Klaus Heß/Barabara Lucas: Die bundesdeutsche Solidaritätsbewegung, in: Otker Bujard (Hrsg.): Die Revolution ist ein Buch und ein freier Mensch. die politischen Plakate des befreiten Nicaragua 1979 - 1990 und der internationalen Solidaritätsbewegung, Köln: Papyrossa, 2007, S. 306–317, hier S. 311.

⁴² Kanamüller: Solidaritätsarbeit: nutzlose Anstrengung? (wie Anm. 6), S. 103.

⁴³ Ebd., S. 99; Rybak: Sehr besondere Revolution (wie Anm. 6), S. 55f.

⁴⁴ Kanamüller: Solidaritätsarbeit: nutzlose Anstrengung? (wie Anm. 6), S. 103

⁴⁵ Rybak: Sehr besondere Revolution (wie Anm. 6), S. 57–60.

⁴⁶ Siehe ebd., S. 30–46.

⁴⁷ Siehe Kanamüller: Solidaritätsarbeit: nutzlose Anstrengung? (wie Anm. 6), insbes. S. 114–121; Stoff: Nicaragua im Spiegel (wie Anm. 28).

⁴⁸ Rybak: Sehr besondere Revolution (wie Anm. 6), S. 30.

⁴⁹ Vgl. ebd., S. 30f.

⁵⁰ Ebd., S. 32–35, Zitat auf S. 35.

⁵¹ Vgl. ebd., S. 33.

nichtkapitalistisches Modell“⁵². Die Gefährdung dieses positiv bewerteten Projekts durch die USA und Antiimperialismus im Allgemeinen motivierten ebenso.⁵³

Das zweite Motivationsbündel umfasst stärker subjektive Faktoren. Dazu gehörte die allgemeine Unzufriedenheit mit der Politik in Österreich, dem vielfach als desolat wahrgenommenen Zustand der linken Opposition, die emotionale Betroffenheit angesichts der nicaraguanischen Situation und der als ungerecht verurteilten US-Einmischung.⁵⁴ Das breite Handlungsfeld *außerhalb* traditioneller politischer Strukturen und greifbare Ergebnisse der Solidarität gehören ebenso zu den subjektiven Faktoren wie individuelle Zugänge über soziale Gruppen oder unbefriedigende persönliche Situationen.⁵⁵ Ohnmachtserfahrungen, die wahrgenommene Unmöglichkeit, in Österreich grundlegendes zu ändern, ließen die progressive nicaraguanische Revolution als hoffnungsvolleres Handlungsfeld erscheinen.⁵⁶

„Christlich-humanistische“ Gründe stellten einen weiteren Motivationscluster für ein Engagement in der Nicaragua-Solidarität dar.⁵⁷ Von besonderer Bedeutung war dabei die Befreiungstheologie, die durch den Revolutionspfarrer und späteren Kulturminister Ernesto Cardenal verkörpert wurde. Auch Nichtreligiösen boten diese humanistisch geprägte Strömung und die vom FSLN propagierten Werte Identifikationsmöglichkeiten.⁵⁸ Vor allem für Christen war außerdem die als Elend wahrgenommene Lebenssituation vieler Nicaraguaner*innen ein Ansporn mitzuwirken.⁵⁹

4. Verortung der Konfliktlinien um Nicaragua. Der österreichische und internationale Kontext

Die Konfliktlinien, auf die sich das Erkenntnisinteresse bezieht, waren im österreichischen und internationalen Kontext verortet.

4.1. Politische Situation im Österreich der frühen 1980er Jahre

Die Entstehung der Nicaraguasolidarität fällt in den Zeitraum der sozialdemokratischen Alleinregierungen unter Kreisky. Die Entsendung von Brigaden

⁵² Vgl. ebd.

⁵³ Vgl. ebd., S. 30, 35f.

⁵⁴ Vgl. ebd., S. 36, 39.

⁵⁵ Vgl. Rybak: Sehr besondere Revolution (wie Anm. 6), S. 36–38.

⁵⁶ Vgl. ebd., S. 48.

⁵⁷ Ebd., S. 39.

⁵⁸ Vgl. ebd., S. 39–41.

⁵⁹ Vgl. ebd., S. 41f.; insbesondere der Konsum politischen Kaffees als Strategie zur Linderung dieser Situation ist dieser Motivation zuzurechnen.

setzte dagegen nach deren Ende ein. Das Ende der Vorherrschaft der SPÖ, die seit 1970 angedauert hatte, ging mit Umwälzungen des österreichischen Parteiensystems einher. Die SPÖ war in den 1960er Jahren nach rechts gerückt und hatte versucht, linksoppositionelle Strömungen aus der Partei zu drängen.⁶⁰ „Eine Konsequenz daraus war, dass die Neue Linke, die sich ab den späten 60er Jahren auch in Österreich formierte, keine oder kaum Bindungen an die Sozialdemokratie hatte.“⁶¹ Die Konfrontation einer in Österreich neuen ökologischen Bewegung mit der Regierung in Hainburg 1984 zeigte, dass die SPÖ nur noch bedingt integrationsfähig war.⁶² Die Entstehung einer ernstzunehmenden grünen Partei im Zuge des Widerstands gegen den Bau eines Atomkraftwerks und deren Wahlerfolge gingen auf Kosten sowohl der SPÖ, als auch der ÖVP.⁶³ Der wachsende Einfluss neuer Themen, darunter Umwelt, führte zu einem „Bedeutungsverlust des klassischen Links-rechts-Gegensatzes [sic!]“ und ließ neue Konfliktlinien aufbrechen.⁶⁴ Die Kleine Koalition durchlief zudem in Folge der Frischenschlager-Reder-Affäre im Jänner 1985 eine Zerreißprobe.⁶⁵ Hinzu kam die Wahl des ÖVP-Kandidaten Kurt Waldheim zum Bundespräsidenten, die eine Niederlage der SPÖ bei den Nationalratswahlen 1987 wahrscheinlicher machte und Bundeskanzler Sinowatz zum Rückzug bewegte.⁶⁶ Das Erstarken des extrem-rechten Flügels in der FPÖ durch die Wahl Jörg Haiders zum Parteiobmann im September 1986 besiegelte das vorzeitige Ende der Kleinen Koalition Vranitzky-Steger; bereits im Wahlkampf sprachen sich die beiden Volksparteien für eine Große Koalition aus, um ein Bündnis mit Haider zu vermeiden.⁶⁷ Der Wahlerfolg der Grünen, 1987 erreichten sie knapp 5% und 8 Nationalratsmandate, markierte das „Ende des Zweieinhalb-Parteien-Systems, das so lange Zeit hindurch für Österreich charakteristisch gewesen war.“⁶⁸ Pelinka sieht die (wenig populäre) Kleine Koalition als „Beschleuniger und als Katalysator“ strukturellen Wandels im politischen System Österreichs; eine stärkere Polarisierung, insbesondere um das Thema Nationalsozialismus, die Schwächung

⁶⁰ Vgl. ebd., S. 26.

⁶¹ Ebd., S. 27.

⁶² Vgl. Anton Pelinka: Die Kleine Koalition, in: Reinhard Sieder u. a. (Hrsg.): Österreich 1945–1995. Gesellschaft, Politik, Kultur, Wien: Verl. für Gesellschaftskritik, 1996, S. 279–289, hier S. 281f.

⁶³ Vgl. ebd., S. 287f.

⁶⁴ Martin Dolezal: Globalisierung und die Transformation des Parteienwettbewerbs in Österreich. Eine Analyse der Angebotsseite, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 34.2 (2005), S. 163–176, doi: 10.15203/ozp.875.vol34iss2, hier S. 171.

⁶⁵ Vgl. Pelinka: Kleine Koalition (wie Anm. 62), S. 282.

⁶⁶ Vgl. ebd., S. 282f.

⁶⁷ Vgl. ebd., S. 283–285.

⁶⁸ Ebd., S. 288.

traditioneller Parteien, und „[d]ie abnehmende Prägekraft des Verbändestaates“ fallen in diese Zeit.⁶⁹

4.2. Außenpolitik Österreichs

Die Solidaritätsbewegung entstand mit internationalem Bezug und im Kontext der Außen- und Entwicklungspolitik Österreichs. Letztere teilt Gerald Hödl in der Periode der Nachkriegsgeschichte auf dem Weg zur europäischen Einigung in drei große Phasen ein:

1. Der „Weg zum Staatsvertrag“ (1945–55) sowie die „Entdeckung der Dritten Welt“ (1955–1970)
2. „Entspannungsübungen, [und] Vermittlungsversuche“ (1970–1980)
3. „Vom Kalten Krieg zur Neuen Weltordnung“ (ab 1980)⁷⁰

In den Jahren bis zum Staatsvertrag 1955 konzentrierte sich die österreichische Außenpolitik vornehmlich auf das Verhältnis zu den ehemaligen Alliierten und die Wiederherstellung der vollen Souveränität.⁷¹ Trotz der im Staatsvertrag festgeschriebenen „immerwährende[n] Neutralität“⁷² orientierte sich die Republik abgesehen von militärischen Gesichtspunkten nach Westen.⁷³

Schon vor dem Staatsvertrag gewannen die neuen Staaten, die im Zuge der Dekolonisierung entstanden, Relevanz für österreichische Interessen. Das Engagement für die Aufnahme Österreichs in die Vereinten Nationen (UN) sowie die Durchsetzung von Interessen innerhalb dieses und anderer internationaler Foren, hingen stark von dem Wohlwollen der jungen Staaten ab. So gelang es Außenminister Kreisky 1960 und 61 etwa, die Frage um Südtirol über UN-Resolutionen zugunsten Österreichs zu beeinflussen.⁷⁴ Dem stand ein ambivalentes Abstimmungsverhalten Österreichs in der UN-Vollversammlung gegenüber. Entgegen den Beteuerungen von

⁶⁹ Ebd.

⁷⁰ Gerald Hödl: Österreich und die Dritte Welt. Außen- und Entwicklungspolitik der Zweiten Republik bis zum EU-Beitritt 1995, Wien: Promedia, 2004, S. 65–136; ebenso periodisiert Mock: Er sieht Anfang der 1980er Jahre den Umbruch zu einer neuen, vierten Phase der österreichischen Außenpolitik. Siehe Alois Mock: Die internationale Situation in den achtziger Jahren, in: Europäische Rundschau 9.4 (1981), S. 29–37.

⁷¹ Vgl. Hödl: Österreich und die Dritte Welt (wie Anm. 70), S. 65; Michael Gehler: Geschichte vergleichender Parteien – Außenpolitik und Mitgliedschaft in der Europäischen Union. SPÖ und ÖVP in internationalen Organisationen und transnationalen Netzwerken 1945–2005, in: Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen 43 (2010), S. 7–46, doi: 10.13154/mts.43.2010.7-46, hier S. 12.

⁷² Staatsvertrag betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich, Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich, Stück 39, Nr. 152, Wien, 30. Juli 1955, Art. 1 (1).

⁷³ Vgl. Hödl: Österreich und die Dritte Welt (wie Anm. 70), S. 68f.

⁷⁴ Vgl. ebd., S. 68–71; vgl. zu Südtirol Helmut Kramer: Strukturentwicklung der Außenpolitik (1945–2005), in: Herbert Dachs u. a. (Hrsg.): Politik in Österreich. Das Handbuch, Wien: Manz, 2006, S. 807–837, hier S. 815; Hans Heiss: Der ambivalente Modellfall. Südtirol 1918–1998, in: Moving The Social 21 (1998), S. 225–241, doi: 10.13154/mts.21.1998.225-241, hier S. 235.

Politiker*innen aller Parteien stimmte Österreich in mehreren Fällen pragmatisch gegen Dekolonisierungen.⁷⁵ Die Einordnung in den Kontext des Kalten Krieges ist dabei unerlässlich, übte dieser sich in dieser ersten Phase ja wirkmächtig auf internationale Beziehungen aus. Laut Hödl prägte dessen „binäre Logik“ Österreichs Außenpolitik weitgehend; so wurde trotz der Bemühung um gute Beziehungen zu den Staaten des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) der Kommunismus als „primäre Gefahr“ wahrgenommen und folgerichtig Trumans Containment-Politik unterstützt.⁷⁶

Österreich wurde von vielen Zeitgenoss*innen in einer besonders privilegierten Position gesehen, gute Beziehungen zur entkolonisierten Welt aufzubauen. Diese Sicht spiegelt sich in der 1963 von Kreisky getätigten Aussage wider, dass die Situation des Landes als kleiner, neutraler Staat ohne koloniale Vergangenheit⁷⁷ geradezu für intensive Kooperation prädestiniert sei.⁷⁸ Ab Ende der 1950er Jahre wurde vermehrt gefordert, diplomatische Beziehungen stärker zu institutionalisieren. Trotzdem wuchs die Anzahl der Botschaften bis 1970 nur unwesentlich.⁷⁹ In dieser ersten Phase war Europa der klare Fokus österreichisch-internationaler Kooperation.⁸⁰

Anfang der 1970er Jahre stellte sich dann eine Entspannung des Kalten Krieges ein, in der Österreich zusammen mit den anderen *Neutral and Non-Alligned States* (N+N-Staaten) eine bedeutende Rolle spielte. Die diplomatische Anerkennung von China, Nordvietnam und Nordkorea sowie der Rückgang antikommunistischer Rhetorik stehen beispielhaft für die neue Gemengelage.⁸¹ Diesen Zugeständnissen an den „Ostblock“ stand jedoch eine weitgehende Loyalität gegenüber den Vereinigten Staaten gegenüber. Der US-Krieg in Süd-Ost-Asien (Vietnam, Kambodscha, Laos)

⁷⁵ Vgl. Hödl: Österreich und die Dritte Welt (wie Anm. 70), S. 76–78; Höll kommt sogar zu dem Ergebnis, „dass Österreich – und das gilt bereits seit den 1960er Jahren – v. a. dann bereit war, sich für die Forderungen der Dritten Welt einzusetzen, wenn es sich für die Durchsetzung eigener Interessen im UN- Rahmen die Unterstützung der zahlenmäßig überwiegenden Staatengruppe des Südens sicher wollte.“ Otmar Höll: Entwicklungspolitik, in: Herbert Dachs u. a. (Hrsg.): Politik in Österreich. Das Handbuch, Wien: Manz, 2006, S. 884–904, hier S. 890.

⁷⁶ Vgl. Hödl: Österreich und die Dritte Welt (wie Anm. 70), S. 71f.

⁷⁷ Entgegen dieser Darstellung hat Historiographie auf Österreichs koloniale Vergangenheit und deren Kontinuitäten hingewiesen. Siehe z. B. den Sammelband Johannes Feichtinger u. a. (Hrsg.): Habsburg postcolonial: Machtstrukturen und kollektives Gedächtnis (Gedächtnis – Erinnerung – Identität 2), Innsbruck und Wien: Studien-Verl., 2003.

⁷⁸ Vgl. Hödl: Österreich und die Dritte Welt (wie Anm. 70), S. 76; ebenso leitete Kreisky aus der Neutralität eine besondere *Verpflichtung* zur Entwicklungszusammenarbeit ab. Vgl. Wolfgang Benedek: Österreichs Außenpolitik in den Nord-Süd-Beziehungen, in: Renate Kicker u. a. (Hrsg.): Außenpolitik und Demokratie in Österreich. Strukturen, Strategien, Stellungnahmen; ein Handbuch, Salzburg: Wolfgang Neugebauer Verl., 1983, S. 321–370, hier S. 331.

⁷⁹ Vgl. Hödl: Österreich und die Dritte Welt (wie Anm. 70), S. 79.

⁸⁰ Vgl. ebd., S. 80.

⁸¹ Vgl. ebd., S. 81f.

und der Staatsstreich gegen Allendes Chile wurden nur vereinzelt offen von Sozialdemokrat*innen verurteilt; die Volkspartei hielt sich mit Kritik noch stärker zurück.⁸² Zeitgleich zur Entspannung agierte Österreich international selbstbewusster, was sich durch den überparteilichen Ruf nach „engagierte[r] Neutralitätspolitik“⁸³ ausdrückte.

Hödl sieht die erste Preiserhöhung der Organisation erdölexportierender Länder (OPEC) 1973 als Zäsur in den Nord-Süd-Beziehungen und stellt die These auf, die SPÖ habe entgegen der konfrontativen Haltung der ÖVP auf „*appeasement*“ gesetzt.⁸⁴ Die neue Macht der vorwiegend rohstoffexportierenden Länder und die Krise der US-Hegemonie führten zu Neueinschätzungen der internationalen Lage. Es wurde jenseits der Bipolarität zunehmend polyzentristisch gedacht, was nach Kramer auch den neuen außenpolitischen Aktivismus begünstigte.⁸⁵ Die quantitativ übermächtige Stellung der neuen Staaten in der UN-Vollversammlung brachte einen Bedeutungszuwachs mit sich, der sich in einer Verschärfung von Nord-Süd-Konflikten kristallisierte und insbesondere von der ÖVP kritisiert wurde.⁸⁶ Er spiegelte sich ebenfalls im Ausbau der österreichischen diplomatischen Bemühungen wider; sowohl die Eröffnung von Botschaften, als auch die Reisediplomatie taten einen wesentlichen Schritt nach vorne.⁸⁷ Die Beziehungen zu den blockfreien Staaten wurden ebenso vertieft. Durch Dialog sollten Konflikte deeskaliert oder ihnen vorgebeugt werden. Die Opposition kritisierte dieses Vorgehen massiv als „Neutralismus“, also die Relativierung demokratischer Werte.⁸⁸ Parallel dazu baute die SPÖ die Beziehungen zu (sogenannten) Befreiungsbewegungen auf. Sie wurden als zentrale Akteurinnen zur Deeskalation und Herbeiführung von Verhandlungslösungen aufgefasst.⁸⁹ Herausragende Beispiele sind die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO), der Afrikanische Nationalkongress (ANC) sowie der FSLN. Der Meinung Hödls zufolge lehnte die Opposition diese

⁸² Vgl. ebd., S. 82f.; Gehler: Geschichte vergleichender Parteien (wie Anm. 71), S. 19.

⁸³ Siehe Franz Karasek: Für eine engagierte Neutralitätspolitik, in: Österreichische Monatshefte 27.8/9 (1971), hier S. 37; zit. n. Hödl: Österreich und die Dritte Welt (wie Anm. 70), S. 84.

⁸⁴ Vgl. ebd., S. 86, Herv. im Orig., 161f.

⁸⁵ Vgl. Kramer: Strukturentwicklung der Außenpolitik (wie Anm. 74), S. 816.

⁸⁶ Vgl. Hödl: Österreich und die Dritte Welt (wie Anm. 70), S. 86f.; Kramer: Strukturentwicklung der Außenpolitik (wie Anm. 74), S. 816; Mock: Internationale Situation (wie Anm. 70), S. 31.

⁸⁷ Vgl. Hödl: Österreich und die Dritte Welt (wie Anm. 70), S. 87; Höll: Entwicklungspolitik (wie Anm. 75), S. 889.

⁸⁸ Vgl. Hödl: Österreich und die Dritte Welt (wie Anm. 70), S. 87–90. Bemerkenswert: in den 1960er Jahren wurde die Annäherung an die Blockfreien von der SPÖ und namentlich Kreisky mit demselben Argument abgelehnt. Vgl. ebd., S. 88.

⁸⁹ Vgl. ebd., S. 90f.

Strategie vor allem deshalb strikt ab, weil sie „deren national- bis sozialrevolutionäre Programmatik [...] als zur eigenen inkompatibel betrachtete[...].“⁹⁰

Die aktivistische Außenpolitik sollte auch dazu dienen, moderate Kräfte (in antisystemischen Bewegungen) zu stärken und deren Hinwendung zur Sowjetunion vorzubeugen.⁹¹ Die internationale Verwobenheit und mögliche Rückwirkungen von internationalen Konflikten auf Österreich wurden von der SPÖ als weitere Argumente angeführt.⁹²

Eine weitere Sinnfigur war das Konzept des „Dritten Wegs‘ zwischen ‚Kapitalismus‘ und ‚Kommunismus‘“⁹³. Hödl macht in diesem Zusammenhang zwei Aspekte aus; der erste, sozialdemokratische, bezieht sich auf die Frage nach einem demokratischen Weg zwischen den reinen Systemen; der zweite, europäische, zielt dagegen auf die partikulären Interessen der jeweiligen Staaten unabhängig von ihren jeweiligen Führungsmächten ab.⁹⁴

Die dritte Phase der hödlschen Periodisierung war von einem allgemeinen „Krisenbewusstsein“ geprägt⁹⁵: die zunehmend als Bedrohung wahrgenommene Kluft zwischen Nord und Süd sowie die neu aufflammende System-Konfrontation ließen den Entwicklungsoptimismus der 1970er Jahre als unbegründet erscheinen.⁹⁶ Die neuerlichen Auseinandersetzungen schlugen sich in der Wiederkehr eines rigiden Antikommunismus innerhalb der ÖVP nieder, der nicht auf Verhandlungslösungen, sondern auf Konfrontation setzte. Vor allem die Situation in Afrika und die aktive Rolle Cubas wurden kritisch begleitet. Vor diesem Hintergrund provozierte die von der SPÖ-Regierung betriebene Normalisierung der Beziehungen zu Castros Cuba 1978/79 scharfe Kritik.⁹⁷ 1982 erkannte Mock angesichts des Vormarsches des Kommunismus die Notwendigkeit, „bereit [zu] sein, unsere freiheitliche Demokratie, unseren Staat zu verteidigen, im Interesse unserer Freiheit wie unseres Lebens.“⁹⁸ Die erneuerte Wirkmacht des Kalten Krieges lässt sich am politischen Diskurs über Menschenrechte verdeutlichen. Er war, so die Analyse Hödls, in *allen* Parteien

⁹⁰ Vgl. ebd., S. 91.

⁹¹ Vgl. Hödl: Österreich und die Dritte Welt (wie Anm. 70), S. 89.

⁹² Vgl. ebd., S. 97.

⁹³ Vgl. ebd., S. 102.

⁹⁴ Vgl. ebd., S. 102f.

⁹⁵ Ebd., S. 104.

⁹⁶ Vgl. ebd., S. 104f.

⁹⁷ Vgl. ebd., S. 105f., 99f. Jankowitsch wies diesen Vorwurf 1980 als unbegründet zurück, da „von einer privilegierten Stellung Cubas in der österreichischen Außenpolitik nicht die Rede sein kann“ Peter Jankowitsch: Österreich und die Dritte Welt, in: Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik 20.3 (1980), S. 193–207, hier S. 198.

⁹⁸ Alois Mock: Standpunkte, Graz: Verl. Styria, 1982, S. 185.

Österreichs von selektiver Wahrnehmung und Verurteilung geprägt; Verstöße repressiver Verbündeter wurden entgegen denen dem sowjetischen Machtbereich zugehöriger Regime systematisch ausgeblendet.⁹⁹ Mit der erneuten Blockkonfrontation ging die verstärkte Politisierung von US-Interventionismus einher und spaltete in Fällen wie den Angriffskriegen gegen Grenada oder Libyen die österreichische Gesellschaft.¹⁰⁰ Während die ÖVP weitestgehend geopolitisch argumentierte und sich so die US-Argumentation zu eigen machte, trugen sich SPÖ und FPÖ mit Protest den Dünkel des Antiamerikanismus ein.¹⁰¹ Mit dem Amtsantritt Reagans trat diese Notwendigkeit der Positionierung in einer neuen Qualität hervor. Bekenntnisse zur „freien Welt“¹⁰² und Österreichs Zugehörigkeit zu dieser koppelten Politiker*innen der ÖVP mit dem Vorwurf des Antiamerikanismus und Neutralismus an die Adresse der SPÖ.¹⁰³ Diesem Angriff begegnete die SPÖ mit ambivalenten Signalen. Zum einen wurde eine eigenständige, von den Vereinigten Staaten *und* der Sowjetunion unabhängige Außenpolitik offensiv verteidigt.¹⁰⁴ Gleichzeitig bekannten sich Spitzenpolitiker¹⁰⁵ zur US-Österreichischen Freundschaft.¹⁰⁶ Ebenso schrieb Jankowitsch 1980, dass Österreich dem westlichen Lager zuzurechnen sei und die „westliche Gemeinschaft als Ganzes“ von Österreichs Gaststatus bei den Blockfreien in Form „einer besseren und direkteren Kenntnis mancher politischer Bewegungsgesetze der Dritten Welt“ profitieren könne.¹⁰⁷ Auch die Klage der Solidaritätsbewegung, die Regierung traue sich nicht, offen die US-Politik zu verurteilen, unterstreichen das.¹⁰⁸ Wie kompliziert das Verhältnis zur US-Administration war, belegen Instanzen, in denen sich die US-Diplomatie öffentlich verärgert über die Außenpolitik Österreichs zeigte.¹⁰⁹

⁹⁹ Vgl. Hödl: Österreich und die Dritte Welt (wie Anm. 70), S. 107f.

¹⁰⁰ Im Falle Chile erreichte die Zivilgesellschaft einen hohen Organisationsgrad, der von Benedek: Österreichs Außenpolitik (wie Anm. 78), S. 354 als neuartige „Formen unmittelbarer Partizipation“ interpretiert werden. Siehe auch unten Kap. 3 „Geschichte der österreichischen Solidaritätsbewegung“, S. 7.

¹⁰¹ Vgl. Hödl: Österreich und die Dritte Welt (wie Anm. 70), S. 108f.

¹⁰² Vgl. Rybak: Sehr besondere Revolution (wie Anm. 6), S. 74.

¹⁰³ Vgl. Hödl: Österreich und die Dritte Welt (wie Anm. 70), S. 113 verweist auf stenographische Protokolle des Nationalrats.

¹⁰⁴ Vgl. z. B. Heinz Fischer: Muß Österreichs Außenpolitik revidiert werden?, in: Europäische Rundschau 10.1 (1982), S. 3–12, hier S. 5.

¹⁰⁵ Beide von Vgl. Hödl: Österreich und die Dritte Welt (wie Anm. 70), S. 114 angeführten Beispiele, Kreisky und Zentralsekretär Marsch sind Männer.

¹⁰⁶ Vgl. ebd.

¹⁰⁷ Jankowitsch: Österreich (wie Anm. 97), S. 200.

¹⁰⁸ Vgl. Sburny: (wie Anm. 1); Steinbauer: (wie Anm. 4).

¹⁰⁹ Siehe Hödl: Österreich und die Dritte Welt (wie Anm. 70), S. 113f.

Im Laufe der 1980er Jahre trat die Annäherung an die Europäische Gemeinschaft (EG) in den Mittelpunkt der außenpolitischen Debatte.¹¹⁰ Obwohl Mock dieses Thema besonders forcierte, kann von keinem Bruch gesprochen werden, da er auf eine Verschiebung des Fokus aufbauen konnte, die bereits unter Gratz und Jankowitsch eingeleitet worden war.¹¹¹ Höll konstatiert, dass „[d]er *graduelle Rückzug* der österreichischen Außenpolitik aus krisenhaften Bereichen der Weltpolitik und die gleichzeitig eingeleitete Abschwächung des Dritte-Welt-Engagements im multilateralen Rahmen“ von der Großen Koalition lediglich „weiter fortgesetzt“ wurde.¹¹² Diese Neuausrichtung bedeutete auch, dass der Bezugsrahmen von internationaler Koordination und Kooperation nicht mehr in den *like minded countries*¹¹³, sondern in den europäischen Partner*innen gesucht wurde.¹¹⁴ Ebenso wurden finanzielle und personelle Ressourcen neu ausgerichtet, was von Grünen und (linken) Sozialdemokrat*innen unter dem Schlagwort der eurozentristischen Außenpolitik kritisiert wurde. Sie beklagten die relative Vernachlässigung der globalen Zusammenhänge.¹¹⁵ Mit dem Ende des Realen Sozialismus und dem Zerfall Jugoslawiens schälten sich weitere Schwerpunkte der österreichischen Außenpolitik heraus. Das kulminierte nach der Einschätzung Jankowitschs in einer „gewisse[n] Passivität und Indifferenz“ in den Nord-Süd-Beziehungen.¹¹⁶ Die Vernachlässigung des Nord-Süd-Dialogs passte sich in einen globalen Trend ein, der in der Einschätzung Hölls aus dem wirtschaftlichen Bedeutungsverlust, der in den 1970er und 80er Jahren offenbar wurde, ergab.¹¹⁷ Als Ende der 1980er Jahre die ökonomische Schwäche des Realen Sozialismus offensichtlicher wurde und auch viele der Länder der Dritten Welt unter ökonomischen Problemen und der Verschuldungskrise zu leiden hatten, verschoben sich die Machtverhältnisse innerhalb der UN.¹¹⁸

¹¹⁰ Siehe Gehler: Geschichte vergleichender Parteien (wie Anm. 71), S. 31–35.

¹¹¹ Siehe Hödl: Österreich und die Dritte Welt (wie Anm. 70), S. 126, 128.

¹¹² Höll: Entwicklungspolitik (wie Anm. 75), S. 890, Herv. im Orig.

¹¹³ „Dabei handelt es sich um eine Gruppe kleinerer und wirtschaftlich im Mittelfeld der westlichen Industrieländer liegender Staaten, die seit 1975/76 in entwicklungspolitischen Fragen eine regelmäßige Verbindung mit- einander pflegen. [...] Insgesamt umfaßt sie neben Österreich noch Australien, Belgien, Kanada, Dänemark, Irland, die Niederlande und die skandinavischen Staaten.“ Benedek: Österreichs Außenpolitik (wie Anm. 78), S. 332f.

¹¹⁴ Siehe Hödl: Österreich und die Dritte Welt (wie Anm. 70), S. 125

¹¹⁵ Siehe ebd., S. 127f. Die Kontinuitäten zur sozialdemokratisch geführten Außenpolitik zeigen jedoch, dass die Kritik am Eurozentrismus der mockschen Außenpolitik mehr Stilisierung der eigenen Rolle als mit einer wirklichen Verschiebung der Akzente zu tun hat. siehe ebd., S. 128.

¹¹⁶ NR-Protokolle, XVIII. GGP/83, 14.10. 1992, S. 9.162., zit. n. ebd., S. 135.

¹¹⁷ Vgl. Höll: Entwicklungspolitik (wie Anm. 75), S. 890.

¹¹⁸ Siehe Hödl: Österreich und die Dritte Welt (wie Anm. 70), S. 124.

Interessant ist außerdem, dass es in den 1980er Jahren unter den Nationalratsabgeordneten kaum Interesse an Entwicklungspolitik gibt. Steinbauer begründet das damit, dass Österreich keine Kolonialgeschichte hatte, was, wie oben besprochen, Kreisky und andere als besonderes Privileg *für* die Beziehungen zwischen Österreich und Ländern des Südens angeführt hatten.¹¹⁹ Ebenso sei das fehlende machtpolitische Interesse ein Grund für eine geringe Beschäftigung österreichischer Abgeordneter mit Entwicklungspolitik.¹²⁰

4.3. Außenpolitischer Konsens

Khol betrachtet die veränderte Haltung der SPÖ zum Nahostkonflikt als Auslöser für den Bruch eines zuvor existierenden außenpolitischen Konsenses. Dieser zerbrach daran, dass die SPÖ die PLO bei den UN hoffähig machte und zunehmend Kritik am Zionismus übte.¹²¹ Hinzu kam aus Khols Sicht der Antiamerikanismus, der in weiten Teilen der SPÖ vorherrschte.¹²² Dass diese Wahrnehmung sehr wohl gegenseitig war, belegt die Analyse von Heinz Fischer: „Diskussionenpunkte sind dabei insbesondere die Entspannungspolitik, die Friedenspolitik, das Verhältnis Österreichs zu den arabischen Staaten und zur Bewegung der Blockfreien sowie die Zweckmäßigkeit österreichischer Initiativen im Nord-Süd-Dialog“.¹²³

4.4. Neutralität

Die Meinungsverschiedenheiten um die Auslegung der im Staatsvertrag festgelegten immerwährenden Neutralität konnten nie ganz ausgeräumt werden. In der untersuchten Zeit erlebte diese Diskussion einen Höhepunkt, da mit dem Ausscheiden Kreiskys dessen „aktive Neutralitätspolitik“¹²⁴ mit dem Anspruch einer globalpolitischen Vermittler*innenrolle und der Unterstützung von Befreiungsbewegungen neu verhandelt werden musste. Die ÖVP sprach sich gegen die „internationalistisch-missionarischen“ Prämissen“ der SPÖ-Außenpolitik aus und forderte 1975 eine aktive Außenpolitik in Kooperation mit den europäischen

¹¹⁹ Steinbauer: (wie Anm. 4).

¹²⁰ Ebd.

¹²¹ Vgl. Khol: (wie Anm. 2); ders.: Zur Kritik und Bestandsaufnahme der österreichischen Außenpolitik, in: Europäische Rundschau 9.3 (1981), S. 111–118, hier S. 181.

¹²² Vgl. ders.: (wie Anm. 2); siehe für die Sicht der Konservativen auch Robert Kriechbaumer: Zeitenwende. die SPÖ-FPÖ-Koalition 1983 - 1987 in der historischen Analyse, aus der Sicht der politischen Akteure und in Karikaturen von Ironimus (Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für politischhistorische Studien der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek, Salzburg 33), Wien: Böhlau Verl., 2008, S. 441.

¹²³ Fischer: Österreichs Außenpolitik (wie Anm. 104), S. 4.

¹²⁴ Kramer: Strukturentwicklung der Außenpolitik (wie Anm. 74), S. 807.

Partner*innen.¹²⁵ Aus der Sicht der ÖVP hatte sie eine „realistische Außenpolitik“ zu sein¹²⁶, die „Zweckhaftigkeit“ zum „Hauptziel“ erklärt.¹²⁷ Das Neutralitätsstatut dürfe nicht als Legitimat einer aktivistischen Außenpolitik missbraucht werden.¹²⁸

Neutralität wurde bei den Konservativen vornehmlich militärisch gesehen.¹²⁹ Die Zusammenarbeit mit nicht-demokratischen Regierungen und Bewegungen wurden mit dem Verweis auf Demokratie und Menschenrechte mit dem Vorwurf des Neutralismus gebrandmarkt.¹³⁰ Prutsch macht Mitte der 1980er Jahre einen Wandel des Neutralitätsverständnisses aus. Dieser fasst sich in der Aufforderung im Wahlprogramm 1983 zusammen, „die selbstverständliche Zugehörigkeit zu den freien westlichen Demokratien deutlicher“ hervorzuheben.¹³¹ Die scheinbare Äquidistanz zu beiden Machtblöcken und die Annäherung an die Blockfreien waren damit nicht zu vereinbaren.¹³²

Die US-Politik in Lateinamerika drängte die jeweiligen Parteien entlang dieser Diskussion um Neutralität/Neutralismus dazu, sich zu positionieren:

„Die ÖVP warf Lanc mit dem Hinweis auf dessen deutliche Distanz zur amerikanischen Außenpolitik und Verurteilung der amerikanischen Intervention auf Grenada sowie auf dessen positive Beurteilung der Sandinisten Antiamerikanismus, eine schleichende Tendenz zum Neutralismus, eine [...] tendenzielle Ungleichbeurteilung rechter und linker Diktaturen“ vor.¹³³ Hinzu kam der Vorwurf der Äquidistanz zu den USA und zur Sowjetunion.¹³⁴ Der Angegriffene entgegnete, dass die SPÖ generell völkerrechtswidrige Aggressionen verurteilt habe.¹³⁵ Jankowitsch ergänzte, dass *generell* das Selbstbestimmungsrecht der Völker einen hohen Stellenwert habe und daher Befreiungsbewegungen unabhängig von ihrer ideologischen Orientierung unterstützt würden.¹³⁶ Auch begegnete er dem Vorwurf der Ungleichbewertung von linken und rechten Diktaturen mit einem Gegenangriff. Das ehrliche Bedauern der ÖVP über den Staatsstreich gegen Allendes demokratisch

¹²⁵ Markus J. Prutsch: „Neutralität“ – Positionen und Positionswandel der ÖVP im Spiegel von Grundsatz- und Wahlprogrammen sowie Regierungserklärungen der Zweiten Republik. eine Bilanz, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 35.4 (2006), S. 425–440, doi: 10.15203/ozp.901.vol35iss4, hier S. 429.

¹²⁶ Ebd.

¹²⁷ Khol: Kritik und Bestandsaufnahme (wie Anm. 121), S. 114.

¹²⁸ Vgl. ebd.

¹²⁹ Vgl. Prutsch: Neutralität – Positionen (wie Anm. 125), S. 429.

¹³⁰ Vgl. ebd., S. 430.

¹³¹ Wahlprogramm der ÖVP 1983, zit. n. ebd.

¹³² Vgl. Kramer: Strukturentwicklung der Außenpolitik (wie Anm. 74), S. 819.

¹³³ Kriechbaumer: Zeitenwende (wie Anm. 122), S. 463.

¹³⁴ Khol: (wie Anm. 2).

¹³⁵ Vgl. Kriechbaumer: Zeitenwende (wie Anm. 122), S. 463f.

¹³⁶ Vgl. Jankowitsch: (wie Anm. 3).

legitimierte Regierung Chiles sei zumindest fragwürdig. Die SPÖ habe sich da viel klarer positioniert.¹³⁷ Ein weiteres Argument für ein Engagement in Nicaragua sah Jankowitsch darin, dass in der zunehmend vernetzten Welt entfernte Ideologien „heute für die Stabilität Österreichs von ebensolcher Bedeutung [sind], wie früher seine unmittelbare geographische Nachbarschaft.“¹³⁸ Heinz Fischer sah Österreich als neutralen Staat in der Position, eine von den USA eigenständige Außenpolitik, auch gegenüber Nicaragua, zu formulieren.¹³⁹ Die aktivistische Politik gegenüber der Dritten Welt, die diese Eigenständigkeit in Politik goss, schadete, aus der Sicht Jankowitschs, den Beziehungen zu den westlichen Partnern nicht.¹⁴⁰ Dass mit Waldheim ein Österreicher für zwei Amtszeiten zum UN-Generalsekretär gewählt wurde, sei als „Vertrauen dieser Staaten in die österreichische Neutralitätspolitik zu verstehen.“¹⁴¹

4.5. Internationale Parteienkoordination

Die Auseinandersetzung zwischen österreichischen Konservativen und Sozialdemokraten standen in Wechselwirkung mit der internationalen Parteienkoordination beider Lager. Anfang der 1970er Jahre leitete die Sozialistische Internationale (SI) auf Initiative von Palme, Brandt und Kreisky „die Wende zu einer aktiveren, globalen Politik ein.“¹⁴² Unter österreichischer Führung, Präsidentschaft und Generalsekretariat der SI waren von Österreichern besetzt, orientierte sich die Parteiengruppe zunehmend außereuropäisch in Richtung Entwicklungsländer.¹⁴³ Sie setzte auf „Entspannungspolitik zwischen den Blöcken, die Unterstützung des Befreiungskampfes gegen autoritäre Regierungen und Diktaturen sowie Initiativen zur Entwicklung der ‚Dritten Welt‘.“¹⁴⁴

Zentrale Organisationen für die ÖVP waren dagegen Europäische Demokratische Union (EDU) und Internationale Demokratische Union (IDU), in der sie jeweils eine federführende Rolle spielte.¹⁴⁵ Nach den jeweiligen Gründungen 1978 und 1983

¹³⁷ Vgl. ebd.; Gehler: Geschichte vergleichender Parteien (wie Anm. 71), S. 19; Hödl: Österreich und die Dritte Welt (wie Anm. 70), S. 82f.

¹³⁸ Jankowitsch: Österreich (wie Anm. 97), S. 207.

¹³⁹ Vgl. Fischer: Österreichs Außenpolitik (wie Anm. 104), S. 5; Kriechbaumer: Zeitenwende (wie Anm. 122), S. 466.

¹⁴⁰ Vgl. Jankowitsch: Österreich (wie Anm. 97), S. 199.

¹⁴¹ Vgl. ebd., S. 201.

¹⁴² Vgl. Gehler: Geschichte vergleichender Parteien (wie Anm. 71), S. 17.

¹⁴³ Vgl. ebd.; Präsidentschaft: Bruno Pittermann, Generalsekretär: Hans Janitschek.

¹⁴⁴ Ebd., S. 16.

¹⁴⁵ Zur Entstehungsgeschichte der Kooperation konservativer Parteien auf europäischer Ebene und darüber hinaus siehe Michael Gehler/Johannes Schönner: Transnationale christdemokratische Parteienkooperation in Europa 1965–1989. Der Beitrag österreichischer Ideen und Initiativen, in:

wurden beide Gremien von der ÖVP präsiert. Als Motive für die Gründung der EDU arbeiten Gehler und Schöner drei Punkte heraus. Erstens die Unzufriedenheit mit der Bedeutungslosigkeit der *European Union of Christian Democrats* (EUCD), die sich aus dem rasanten Bedeutungszuwachs der Europäische Volkspartei (EVP) ergab; zweitens die herausragende Rolle der SI, insbesondere aufgrund der Zugkraft des „Dreigestirn[s]‘ Palme-Brandt-Kreisky“; und drittens die Unmöglichkeit von Nicht-EG-Parteien – z. B. auch Österreichs oder der Schweiz – in der EVP mitzuwirken.¹⁴⁶ Bei der Gründung der IDU unter der Federführung Mocks spielte neben der Koordinierung gegen die von Brandt, Palme und Kreisky dominierte SI¹⁴⁷ auch der Schulterschluss mit den Vereinigten Staaten eine besondere Rolle.¹⁴⁸ Der pejorative zeitgenössische Begriff der „schwarze[n] Internationale“¹⁴⁹ steht stellvertretend für die politischen, international ausgetragenen Konflikte zwischen bürgerlichem und sozialdemokratischem Lager.

5. Konfliktlinien zwischen Politik und Brigadenbewegung

Im Kapitel 3 – „Geschichte der österreichischen Solidaritätsbewegung“ – wurde gezeigt, dass das Thema Nicaragua in Österreich enorme Mobilisierung ermöglichte. Dabei brachen jedoch auch Konflikte zwischen Zivilgesellschaft und Politik, den Parteien, und auch *innerhalb* der jeweiligen Gruppen auf. Dieses Kapitel zeichnet diese am Beispiel der Brigadenbewegung und der beiden Volksparteien nach.

5.1. Konflikte zwischen SPÖ und ÖVP

5.1.1. Haltung der Volksparteien zum FSLN

Bezeichnend für die Bewertung der Ereignisse in Nicaragua durch die Parteien ist, wie die drei parteigebundenen Interviewpartner, Khol, Jankowitsch und Steinbauer, auf die Frage nach der Bedeutung Nicaraguas für Österreich reagierten. Sie ordneten sie in den großen Kontext internationaler Politik, speziell des Kalten Kriegs, ein.¹⁵⁰ Die Bewertungen fielen jedoch sehr unterschiedlich aus.

Demokratie und Geschichte 11–12.1 (Dez. 2008), S. 271–318, doi: 10.7767/dug.2008.1112.1.271, hier S. 271–283; Gehler: Geschichte vergleichender Parteien (wie Anm. 71), S. 20–31.

¹⁴⁶ Vgl. Gehler/Schöner: Transnationale christdemokratische Parteienkooperation (wie Anm. 145), S. 283.

¹⁴⁷ Khol: (wie Anm. 2); Kriechbaumer: Zeitenwende (wie Anm. 122), S. 469.

¹⁴⁸ Vgl. Hubert Wachter: Alois Mock. Ein Leben für Österreich, St. Pölten und Wien: Verl. Niederösterreichisches Pressehaus, 1994, S. 197.

¹⁴⁹ Khol: (wie Anm. 2).

¹⁵⁰ Vgl. ebd.; Jankowitsch: (wie Anm. 3); Steinbauer: (wie Anm. 4).

Aus der Perspektive der ÖVP war Nicaragua, von Cuba unterstützt, „der erste Stützpunkt des Kommunismus hinein in das amerikanische Herzland.“¹⁵¹ Das wurde in den größeren Kontext des sich explosionsartig ausbreitenden Marxismus-Leninismus eingeordnet. Die ÖVP und die IDU pflegten eine „Freiheit-oder-Sozialismus-Doktrin“¹⁵², was Antrieb für die Unterstützung der Oppositionsparteien und anderes Engagement war.

Khol sorgte sich um die Destabilisierung der Nachbarländer, insbesondere El Salvador, durch die Sandinist*innen, was ein weiterer wichtiger Dominostein gewesen wäre.¹⁵³ Die Annäherung des FSLN an und spätere Aufnahme in die SI sowie die vermeintliche Koordination mit Moskau bestätigten konservative Kreise in ihren Befürchtungen.¹⁵⁴ Die Sandinist*innen wurde insbesondere wegen der Pressezensur, ihrer als antikirchlich wahrgenommenen Positionierung, Repression und totalitären Tendenzen (zu Recht) kritisiert.¹⁵⁵ Bei der Bewertung der Geschehnisse in Nicaragua orientierte sich die ÖVP, auch als Teil der IDU, an den USA.¹⁵⁶ Um genauere Informationen über Nicaraguas Situation zu erlangen, wurden im Rahmen der IDU *fact-finding-missions* und Wahlbeobachtungen organisiert.¹⁵⁷

Zusammenfassend stellte Steinbauer, selbst ÖVP-Politiker, der sich mit seiner differenzierteren, konzilianteren Sichtweise bei seinen Parteikolleg*innen nicht sehr beliebt machte¹⁵⁸, fest, dass das bürgerliche Lager die Sandinist*innen geradezu verteufelt habe.¹⁵⁹ Er beklagte außerdem, dass wichtige Erfolge der revolutionären Regierung, wie die Landreform, die Einführung eines Gesundheitssystems oder die

¹⁵¹ Khol: (wie Anm. 2).

¹⁵² Ebd.; vgl. zu Ausbreitung des und Bedrohung durch den Kommunismus auch Mock: Internationale Situation (wie Anm. 70), S. 30–2; ders.: Standpunkte (wie Anm. 98), S. 185; Khol: Kritik und Bestandsaufnahme (wie Anm. 121), S. 112, 116.

¹⁵³ Khol: (wie Anm. 2); diese Argumentation findet sich auch bei Kriechbaumer: Zeitenwende (wie Anm. 122), S. 469; Steinbauer fasst zusammen: „Washington hat man ja zunehmend die Sorge gehabt, (...) die als moskowitisch und böse und Weltuntergang eingestufte Krankheit springt von Cuba über Nicaragua nach Südamerika. Dann brennt (.) die Hälfte der Welt.“ Steinbauer: (wie Anm. 4).

¹⁵⁴ Vgl. Kriechbaumer: Zeitenwende (wie Anm. 122), S. 450; Auch wenn Kriechbaumer nicht der ÖVP angehört, so ist er doch desselben Geistes Kind. Sein 2008 (!) erschienenen Kapitel zur Außenpolitik der Kleinen Koalition und dem Verhältnis zu Nicaragua liest sich wie ein anti-kommunistisches Pamphlet der 1980er Jahre. Die Auswahl der Quellen und dargestellten Zusammenhänge folgt funktionalistisch dieser Logik. Beispielsweise bezeichnet er die *illegale* Finanzierung eines paramilitärischen Kriegs gegen die Zivilbevölkerung durch Reagan neutral als „Engagement“ und verharmlost die *Contra* als anti-totalitären Widerstand. Vgl. ebd., S. 451f., 456f.

¹⁵⁵ Vgl. z. B. Khol: (wie Anm. 2). Parallel dazu führte jedoch die US-Administration eine „campaign of propaganda and disinformation depicting the government of Nicaragua as a grim, totalitarian Communist regime and an instrument of Soviet expansionism in the Americas.“ Vgl. Walker/Wade: Nicaragua (wie Anm. 10), S. 43 vgl. ebenso Rybak: Sehr besondere Revolution (wie Anm. 6), S. 34.

¹⁵⁶ Khol: (wie Anm. 2); Steinbauer: (wie Anm. 4).

¹⁵⁷ Vgl. Khol: (wie Anm. 2); Kriechbaumer: Zeitenwende (wie Anm. 122), S. 269f.

¹⁵⁸ Steinbauer: (wie Anm. 4); Sburny: (wie Anm. 1).

¹⁵⁹ Er benutzt den Begriff „Teufel[...]“ Vgl. Steinbauer: (wie Anm. 4).

Alphabetisierungskampagne, von seiner Partei nicht genügend gewürdigt wurden; genauso wenig wie die unerwartete Distanz zu Moskau und die Anerkennung der demokratischen Abwahl 1990.¹⁶⁰ Das macht sichtbar, dass der offizielle Kurs der ÖVP in der Partei nicht unumstritten war. Gleichzeitig beklagte Steinbauer aber auch die kritiklose Hinnahme von Schattenseiten des FSLN in der „sozialdemokratischen Nicaragua-Sekte“ und in Solidaritätskreisen: Die schlechte Behandlung der (indigenen) Bevölkerung auf der Atlantik-Seite und übertriebene Zensur passten nicht zum schwärmerischen Bild der „perfekte[n] Regierung“. „Und da habe ich immer meine sozialdemokratischen Freunde gefragt: und wo ist da die Gefährdung der Republik Nicaragua? Sodass du zu dem MASSIVSTEN Mittel der Zensur greifen [musst.]“¹⁶¹

In der SPÖ wurde die Darstellung des Sandinismus als „eine der vielen fünften Kolonnen der Sowjetunion“ verurteilt.¹⁶² Für die internationale Linke und die SPÖ ergab sich, so Jankowitsch, aus dem Befreiungskampf gegen die Somozadiktatur, da Befreiungsbewegungen grundsätzlich unterstützt wurden, die Solidarität mit dem FSLN.¹⁶³ Trotzdem verwehrt er sich der Kritik aus ÖVP, man sei mit den Sandinist*innen unkritisch solidarisch gewesen.¹⁶⁴ Grundsätzlich sei die Unterstützung der Revolution in der Partei jedoch unumstritten gewesen.¹⁶⁵ Auch sollte die Solidarität mit der Revolution beitragen, dass der FSLN, angesichts des *Contra*-Krieges, nicht direkt in die Arme der Sowjetunion getrieben würde.¹⁶⁶ Khol erklärte die Haltung der SPÖ dagegen mit der ideologischen Verortung vieler Mitglieder. Da der ersehnte Sozialismus in Österreich nicht ausgelebt werden konnte, habe sich Nicaragua als Betätigungsfeld geradezu aufgedrängt.¹⁶⁷

Konkrete Konflikte bei der Nicaraguapolitik waren zum Beispiel die Frage um eine Botschaft in Nicaragua.¹⁶⁸ Sburny schätzte den Entwicklungshilfe-Attaché als

¹⁶⁰ Vgl. ebd.; ebenso wurde die relativ zum Lateinamerikanischen Raum sehr gute Einhaltung der Menschenrechte ignoriert. Vgl. Walker/Wade: Nicaragua (wie Anm. 10), S. 43.

¹⁶¹ Vgl. Steinbauer: (wie Anm. 4), Herv. im Orig. Auch Khol kritisierte die unkritische Haltung der SPÖ; vgl. Khol: (wie Anm. 2).

¹⁶² Jankowitsch: (wie Anm. 3).

¹⁶³ Vgl. ebd.

¹⁶⁴ „Wobei wir natürlich nicht unkritisch waren wegen gewissen autoritären Anflügen, wie es sie damals schon gegeben hat bei den Sandinisten, nicht.“ ebd.

¹⁶⁵ Vgl. ebd.

¹⁶⁶ Vgl. Hödl: Österreich und die Dritte Welt (wie Anm. 70), S. 110f.; Kanamüller: Solidaritätsarbeit: nutzlose Anstrengung? (wie Anm. 6), S. 107.

¹⁶⁷ Vgl. Khol: (wie Anm. 2).

¹⁶⁸ Vgl. Kriechbaumer: Zeitenwende (wie Anm. 122), S. 467.

Kompromiss der Großen Koalition ein. Die SPÖ habe eine*n Botschafter*in gegenüber der Koalitionspartnerin ÖVP nicht durchsetzen können.¹⁶⁹

Ebenso kam es bei der Einrichtung von Städtepartnerschaften¹⁷⁰, der Frage nach Entwicklungspolitik und bei der Frage nach politischer Einmischung zu Auseinandersetzungen.

Die Diskussion um Neutralität, die oben für die gesamte Außenpolitik der Republik angerissen wurde, schlug auch auf das Thema Nicaragua durch. Mit dem Verweis auf die Entwicklung des FSLN zu einer totalitären, marxistisch-leninistischen Staatspartei lehnte die ÖVP ein Engagement für Nicaragua grundsätzlich ab.¹⁷¹ Mock erklärte 1986: „Ein linksautoritäres Regime wie in Nicaragua wird mit staatlicher Entwicklungshilfe und mit dem Aufbau einer diplomatischen Präsenz gefördert. Unsere Haltung zu diesem Land ist seit Jahren kritisch und unverändert.“¹⁷² Im Gegensatz dazu schätzte die SPÖ die nicaraguanische Situation grundsätzlich anders ein und verwies neben der befürworteten Selbstbestimmung der Völker auf die Aggression Reagans. Daraus leitete sie die Notwendigkeit internationaler Solidarität ab.¹⁷³

5.1.2. Antiamerikanismus und selbstständige Außenpolitik

Die unterschiedlichen Interpretationen, was Neutralität in Bezug zu Nicaragua zu bedeuten habe, führten ebenso zu einer divergierenden Interpretation der US-Politik in Zentralamerika.

Das starke Engagement der ÖVP in der IDU, letztere war im Anschluss an eine Begegnung Mock-Reagan entstanden¹⁷⁴, ist ein Indikator für deren Verhältnis zu den USA. Khol ist einer von vielen ÖVP-Politiker*innen, der den Sozialdemokrat*innen einen rigiden Antiamerikanismus vorwarf. Einen Höhepunkt habe das in der Reagan-Administration gehabt und sei erst „dann völlig verschwunden, als wir Mitglied der Europäischen Union wurden.“¹⁷⁵ Es sei bedauerlich, dass eine Regierungspolitik gegen die USA, im konkreten Fall der Vergabe von Krediten an Nicaragua, den Interessen Österreichs entgegenstünde.¹⁷⁶ Tatsächlich führte die Nicaragua-Politik

¹⁶⁹ Vgl. Sburny: (wie Anm. 1).

¹⁷⁰ Vgl. z. B. Rybak: Sehr besondere Revolution (wie Anm. 6), S. 93f.

¹⁷¹ Vgl. Kriechbaumer: Zeitenwende (wie Anm. 122), S. 467.

¹⁷² Alois Mock: Außenpolitische Erklärung von ÖVP-Bundesparteiobermann Dr. Alois Mock vom 21. April 1986, in: Österreichisches Journal für Internationale Politik 1986, S. 303; zit. n. Kriechbaumer: Zeitenwende (wie Anm. 122), S. 470.

¹⁷³ Vgl. ebd., S. 467.

¹⁷⁴ Vgl. Wachter: Alois Mock (wie Anm. 148), S. 196.

¹⁷⁵ Khol: (wie Anm. 2).

¹⁷⁶ Vgl. Kanamüller: Solidaritätsarbeit: nutzlose Anstrengung? (wie Anm. 6), S. 97.

Österreichs zu Verstimmungen mit Washington.¹⁷⁷ Beispielsweise wurde eine Kreditvergabe an Nicaragua 1985 von den USA verurteilt.¹⁷⁸ Als die Entspannungspolitik im Zuge der verschärften Blockkonfrontation in die Krise geriet, forderte die IDU eine stärkere Anlehnung an USA und NATO.¹⁷⁹ Für Khol waren die Beziehungen zu den USA aufgrund ihrer ökonomischen und politischen Führungsrolle von „enormer Wichtigkeit“, nicht zuletzt auch wegen ökonomischer Interessen.¹⁸⁰ Daher war der Antiamerikanismus der SPÖ, der sich in den „ständige Sticheleien im Zusammenhang mit amerikanischer Politik in Mittel- und Südamerika“ ausdrückte, unverantwortlich.¹⁸¹ Auch für die Sicherheit Österreichs, die durch das militärische Übergewicht der Sowjetunion in Frage stand, sei der Antiamerikanismus der SPÖ abträglich.¹⁸²

Die kritische Haltung gegenüber Reagan zeigte sich im Aufruf zur Entsendung von Brigaden durch das von vielen SPÖ-Politikern getragenen ÖSKN.¹⁸³ Auch kritisierte die SPÖ in einigen Fällen offen die Reagan-Administration.¹⁸⁴

Trotz der grundlegend kritischen Haltung gegenüber den USA, scheute sich die SPÖ, deren Politik öffentlich zu verurteilen. Diese Diskretion, von der Solidaritätsbewegung kritisiert¹⁸⁵, wurde nur in sehr wenigen gravierenden Fällen überwunden; so zum Beispiel als die Häfen Nicaraguas im Zuge der ökonomischen Blockade vermint wurden.¹⁸⁶ Unabhängig von der Regierung forderten einzelne SPÖ-Politiker*innen eine schärfere Verurteilung der Bedrohung Nicaraguas als Folge der Finanzierung der *Contra* durch die USA.¹⁸⁷

Offenbar stellte sich in der SPÖ jedoch nach dem Ausscheiden von Erwin Lanc aus dem Außenministerium unter den, von Kriechbaumer als Atlantiker eingeschätzten,

¹⁷⁷ Vgl. Kramer: Strukturentwicklung der Außenpolitik (wie Anm. 74), S. 819.

¹⁷⁸ Vgl. Kriechbaumer: Zeitenwende (wie Anm. 122), S. 466; auch die Wahl Waldheims zum Bundespräsidenten (Vgl. Kramer: Strukturentwicklung der Außenpolitik (wie Anm. 74), S. 823), Technologietransfers in den Ostblock (Vgl. Andreas Khol: Außenpolitik als Realutopie. Kanten einer neuen Außenpolitik, in: Stephan Koren u. a. (Hrsg.): Politik für die Zukunft. Festschrift für Alois Mock, Wien u. a.: Böhlau Verl., 1984, S. 457–476, hier S. 468), und die Nahostpolitik Kreiskys (Vgl. Wachter: Alois Mock (wie Anm. 148), S. 196) hatte die Beziehungen zu den USA auf eine schwere Probe gestellt.

¹⁷⁹ Vgl. Gehler/Schöner: Transnationale christdemokratische Parteienkooperation (wie Anm. 145), S. 279.

¹⁸⁰ Khol: Außenpolitik als Realutopie (wie Anm. 178), S. 468.

¹⁸¹ Ebd.

¹⁸² Khol: Kritik und Bestandsaufnahme (wie Anm. 121), S. 116.

¹⁸³ Vgl. Stoff: Nicaragua im Spiegel (wie Anm. 28), S. 19.

¹⁸⁴ Vgl. Kriechbaumer: Zeitenwende (wie Anm. 122), S. 442.

¹⁸⁵ Vgl. Sburny: (wie Anm. 1); Steinbauer: (wie Anm. 4).

¹⁸⁶ Vgl. Rybak: Sehr besondere Revolution (wie Anm. 6), S. 86; Kanamüller: Solidaritätsarbeit: nutzlose Anstrengung? (wie Anm. 6), S. 97.

¹⁸⁷ Vgl. Kriechbaumer: Zeitenwende (wie Anm. 122), S. 467.

Nachfolgern Gratz und Jankowitsch eine Annäherung an die Position der USA ein.¹⁸⁸ Ab diesem Zeitpunkt wandelte sich der zuvor stark ausgeprägte aktivistische Charakter der SPÖ-Außenpolitik zu einer stärkeren Zurückhaltung.¹⁸⁹

Dass eine Konfrontation mit den USA in der SPÖ nicht erwünscht war, zeigen Versuche, verlorenes Vertrauen wiederherzustellen. Kreiskys Reagan-Besuch 1983 steht damit in Zusammenhang.¹⁹⁰ Auch stellte Jankowitsch klar, dass man in den USA einen Freund sah, von dem man sich in der Nicaragua-Frage durch andere Ansichten unterschied.¹⁹¹

Eine ideologische Verschiebung in der SPÖ zeigt sich in der Rechtfertigung Jankowitschs für die Kooperation mit der Blockfreienbewegung. Diese Anteilnahme habe Österreich nicht dazu bewegt, „seine ideologische Bindung an den Westen zu lockern und die Lager zu wechseln.“¹⁹² Vielmehr ermögliche Österreich der „westliche[n] Gemeinschaft als Ganzes“ durch seinen Gaststatus bei den Blockfreien einen direkteren Zugang zu Informationen.¹⁹³ Er weist nicht nur den Vorwurf des Antiamerikanismus zurück, sondern verortet die Republik in der Nähe der USA. Dies beschreibt einen Wandel hin zu einer stärkeren Anlehnung an die USA und lässt auf innerparteiliche Konfliktlinien schließen.

Die Ablehnung des Vorwurfs von Antiamerikanismus in der SPÖ wurde von einem diskursiven Gegenangriff an die Adresse der ÖVP begleitet. Fischer beklagte eine gewisse US-Hörigkeit der Konservativen. Aufgrund der Reagan-Administration habe sich die ÖVP, unverantwortlicherweise, von der Entspannungspolitik entfernt.¹⁹⁴ Khol bestätigte, dass ihnen die Unterstützung Reagans von den Sozialdemokrat*innen angekreidet wurde.¹⁹⁵

5.1.3. Konkrete Solidarität der SPÖ-(Politiker*innen)

Angesichts der grundsätzlich formulierten Solidarität mit der nicaraguanischen Revolution stellt sich die Frage, wie sich das in konkrete Politik übersetzte.

Jankowitsch beantwortet diese Frage mit Verweis auf die Unterstützung im Rahmen

¹⁸⁸ Vgl. ebd.

¹⁸⁹ Vgl. Kramer: Strukturentwicklung der Außenpolitik (wie Anm. 74), S. 821.

¹⁹⁰ Vgl. Kramer: Strukturentwicklung der Außenpolitik (wie Anm. 74), S. 819; Jankowitsch: (wie Anm. 3).

¹⁹¹ Vgl. ebd.

¹⁹² Jankowitsch: Österreich (wie Anm. 97), S. 200.

¹⁹³ Ebd.

¹⁹⁴ Vgl. Fischer: Österreichs Außenpolitik (wie Anm. 104), S. 6.

¹⁹⁵ Vgl. Khol: (wie Anm. 2).

der UN, und den Aufstieg Nicaraguas zu einem Schwerpunktland der österreichischen Entwicklungshilfe.¹⁹⁶

Zusätzlich waren viele Mitglieder der SPÖ in Solidaritätsbewegung und speziell auch Brigaden aktiv¹⁹⁷, und unterstützten deren Aktivitäten.¹⁹⁸ Besonders Kreisky unterstützte das ÖSKN und verdoppelte aus dem Budget der Republik Spenden für Nicaragua. Außenminister Pahr war der erste europäische Minister, der Nicaragua nach der Revolution besuchte.¹⁹⁹ Weitere Solidaritätsreisen von SPÖ-Abgeordneten fanden in den darauffolgenden Jahren statt.²⁰⁰ Außerdem spielten oftmals sozialdemokratische Lokalpolitiker*innen bei der Aufnahme von Städtepartnerschaften eine tragende Rolle.²⁰¹

5.1.4. Verhältnis zu Brigaden

Den Brigaden wurde medienwirksam Unterstützung zugesichert. So pflegten hochrangige SPÖ-Politiker*innen die Brigadist*innen am Flughafen zu verabschieden und bei der Rückkehr wieder zu empfangen.²⁰² Teilweise waren sogar Parteifunktionär*innen, wie Leopoldine Hainz Teilnehmende.²⁰³ Außerdem wurde den Brigaden bei bürokratischen Problemen unter die Arme gegriffen. Beispielsweise erbat Staatssekretärin Dohnal beim Dienststellenausschuss für Bewährungshilfe die Gewährung von Sonderurlaub für den Brigadeneinsatz zweier dort Angestellter.²⁰⁴

Aber nicht nur Unterstützung erfuhren die Brigaden von der SPÖ. So wurde, laut Rybak, gegen den klar formulierten Willen der Brigaden Druck auf den FSLN ausgeübt, um eine Rückkehr österreichischer Brigaden in das von der *Contra* heimgesuchte San Jerónimo zu verhindern.²⁰⁵ Die ARGE wandte sich an

¹⁹⁶ Vgl. Jankowitsch: (wie Anm. 3).

¹⁹⁷ Speziell im ÖSKN und im Österreichischen Hilfskomitee für Nicaragua (ÖHN) waren viele SPÖ-Politiker vertreten. Vgl. Rybak: *Sehr besondere Revolution* (wie Anm. 6), S. 85f.; Kanamüller: *Solidaritätsarbeit: nutzlose Anstrengung?* (wie Anm. 6), S. 97; Stoff: *Nicaragua im Spiegel* (wie Anm. 28), S. 18.

¹⁹⁸ Vgl. Rybak: *Sehr besondere Revolution* (wie Anm. 6), S. 85, 78.

¹⁹⁹ Vgl. Kanamüller: *Solidaritätsarbeit: nutzlose Anstrengung?* (wie Anm. 6), S. 97f..

²⁰⁰ Vgl. Kriechbaumer: *Zeitenwende* (wie Anm. 122), S. 465f.; Kanamüller: *Solidaritätsarbeit: nutzlose Anstrengung?* (wie Anm. 6), S. 106.

²⁰¹ Vgl. Humer: *Solidarität mit Nicaragua?* (wie Anm. 7), S. 109.

²⁰² Vgl. Kanamüller: *Solidaritätsarbeit: nutzlose Anstrengung?* (wie Anm. 6), S. 100; Kriechbaumer: *Zeitenwende* (wie Anm. 122), S. 465.

²⁰³ Vgl. ebd.

²⁰⁴ Vgl. Johanna Dohnal: *Brief an den Dienststellenausschuss für die Bewährungshilfe*, Johanna Dohnal Archiv, XXI Entwicklungspolitik, Box 4, Wien, 24. Jan. 1984.

²⁰⁵ Vgl. Rybak: *Sehr besondere Revolution* (wie Anm. 6), S. 71f.; Kanamüller: *Solidaritätsarbeit: nutzlose Anstrengung?* (wie Anm. 6), S. 187f.

Außenminister Jankowitsch, um gegen dieses Vorgehen zu protestieren.²⁰⁶ Dieser konnte sich in einem Gespräch nicht mehr an den Vorfall erinnern.²⁰⁷

Die Frage, ob die Aktivitäten der weitestgehend selbst finanzierten Brigaden als Konkurrenz zur österreichischen Entwicklungshilfe gesehen wurde, beantworteten Jankowitsch, Steinbauer und Khol einhellig mit nein.²⁰⁸

Die Aussage Khol, jegliche Form von Nicaragua-Solidarität sei eine „Spielwiese der Linken“ gewesen, zeigt dessen geringes Interesse an der Brigadenbewegung.²⁰⁹

5.1.5. Kontinuitäten oder Brüche: Regierungswechsel als richtungsweisend?

Abschließend ist zu fragen, ob die verschiedenen Regierungswechsel die Politik zum Streitfall Nicaragua maßgeblich verändert haben, oder ob diese sich eher unter dem Schlagwort Kontinuität beschreiben lässt.

Allgemein ist zu sagen, dass die Außenpolitik mit dem Ausscheiden Kreiskys an Bedeutung verlor. Dieser Trend, so Kanamüller, wurde mit der ÖVP-Beteiligung ausschließlich verstärkt.²¹⁰

Mit der Übernahme des Außenressorts durch ÖVP-Minister Mock kam es, so der Forschungskonsens, zu keinem Bruch in der Nicaraguapolitik, obwohl das Engagement zurückgefahren wurde.²¹¹ Khol sagte zwar, dass sich die ÖVP gegen jegliches Engagement positionierte, aber Projekte mit Rücksicht auf den Koalitionsfrieden weitergeführt wurden.²¹² Der schrittweise Rückzug war außerdem schon nach dem Ausscheiden Kreiskys und Lanc' aus der Regierung begonnen worden.²¹³ Jankowitsch erklärt sich die Kontinuität der Nicaraguapolitik in der Großen Koalition mit der starken Position der SPÖ in der Regierung. Auch die von Mock vorangetriebene Konzentration auf Nachbarschaftspolitik war bereits in der Kleinen Koalition begonnen worden.²¹⁴ Die von der SPÖ-FPÖ initiierte

²⁰⁶ Vgl. Rybak: Sehr besondere Revolution (wie Anm. 6), S. 72

²⁰⁷ Vgl. Jankowitsch: (wie Anm. 3).

²⁰⁸ Vgl. ebd.; Steinbauer: (wie Anm. 4); Khol: (wie Anm. 2).

²⁰⁹ Ebd.

²¹⁰ Vgl. Kanamüller: Solidaritätsarbeit: nutzlose Anstrengung? (wie Anm. 6), S. 106.

²¹¹ Vgl. Rybak: Sehr besondere Revolution (wie Anm. 6), S. 87; Kanamüller: Solidaritätsarbeit: nutzlose Anstrengung? (wie Anm. 6), S. 106; Steinbauer: (wie Anm. 4).

²¹² Vgl. Khol: (wie Anm. 2).

²¹³ Vgl. Stoff: Nicaragua im Spiegel (wie Anm. 28), S. 27; Kriechbaumer: Zeitenwende (wie Anm. 122), S. 468 Nach der Auffassung Kriechbauers war Lanc von Kreisky als Außenminister ins Spiel gebracht worden, um eine Kontinuität aktivistischer Außenpolitik zu gewährleisten. Vgl. ebd., S. 463.

²¹⁴ Vgl. Kramer: Strukturentwicklung der Außenpolitik (wie Anm. 74), S. 820f.; Höll: Entwicklungspolitik (wie Anm. 75), S. 890. Die Konzentration auf Nachbarschaftspolitik erläutert Khol: Außenpolitik als Realutopie (wie Anm. 178), S. 469f., 458; Entgegen der Forschungsmeinung geht Khol davon aus, dass die notwendige Refokussierung der Außenpolitik, also der Rückzug aus der

außenpolitische Umorientierung „ist im Kontext und als politische Folge der im Vergleich zu den 1970er Jahren deutlich *veränderten externen und internen Rahmenbedingungen* und *Grundlagen* der österreichischen Außenpolitik zu sehen. Neben der tiefen Krise in den Beziehungen zwischen den USA und der Sowjetunion und dem Bedeutungsverlust der Dritten Welt gestaltete sich nun auch das ‚Integrations-Umfeld‘ [...] für Österreich recht wesentlich um.“²¹⁵

Es fällt auf, dass sich beide Seiten hinter dem Koalitionsfrieden verstecken, wenn sie ihre Position in der Nicaraguapolitik nicht durchsetzten.

5.2. Nicaragua-Brigaden

5.2.1. Verhältnis zum FSLN

Die oben angeführten Motive, in der Solidaritätsbewegung aktiv zu werden, spiegeln das Verhältnis der Brigaden zum FSLN in weiten Teilen wieder. Dieses war nach Ansicht Förchs von einem unkritischen Umgang geprägt.²¹⁶ Mit dem Verschweigen kritischer Punkte sollte auch den Skeptiker*innen in Nicaragua und Österreich der Wind aus den Segeln genommen werden.²¹⁷ Trotz dieser Tendenz, den FSLN zu entlasten, gab es teilweise eine kritische Diskussion innerhalb der Brigaden.²¹⁸ So kritisierten Linke die *economía mixta* als inkonsequent und ein die Revolution bedrohendes Hindernis.²¹⁹ Ebenso wurde das undemokratische Vorgehen, die starren Parteihierarchien und –strukturen, die zunehmende Bürokratisierung sowie die Ende der 1980er Jahre reaktionäre Frauen- und Familienpolitik gerügt.²²⁰ Die Frage nach bedingungsloser oder kritischer Solidarität mit den Sandinist*innen war eine große Konfliktlinie *innerhalb* der Brigadenbewegung.

5.2.2. Verhältnis zu Entwicklungshilfe

Zu weiteren Verwerfungen führte die Frage, ob Entwicklungshilfe – staatlich oder privat organisiert – zu unterstützen sei. Klar ist, dass es personelle

Dritten Welt und der Konzentration auf Nachbarschaftspolitik erst in der Großen Koalition ernsthaft angegangen wurde. Vgl. ders.: (wie Anm. 2).

²¹⁵ Kramer: Strukturentwicklung der Außenpolitik (wie Anm. 74), S. 822, alle Herv. im Orig.

²¹⁶ Vgl. Michael Förch: Zwischen utopischen Idealen und politischer Herausforderung. die Nicaragua-Solidaritätsbewegung in der Bundesrepublik ; eine empirische Studie (Hispano-Americana 6), Frankfurt a. M. u. a.: Lang, 1995, S. 191f. zit. n. Rybak: Sehr besondere Revolution (wie Anm. 6), S. 106.

²¹⁷ Vgl. Stoff: Nicaragua im Spiegel (wie Anm. 28), S. 94; Rybak: Sehr besondere Revolution (wie Anm. 6), S. 106.

²¹⁸ Vgl. ebd., S. 102. Der Autor weist jedoch darauf hin, dass die Debatte um eine kritische Beschäftigung, im internationalen Vergleich zu Deutschland, später und weniger heftig ausgetragen wurde. Vgl. ebd., S. 101.

²¹⁹ Vgl. ebd., S. 103.

²²⁰ Vgl. ebd., S. 103–105.

Überschneidungen, Kontakte und teilweise auch eine direkte Zusammenarbeit mit Entwicklungshelfer*innen gab. So arbeiteten die Brigaden beispielsweise eng mit dem, ebenfalls aus der Solidaritätsbewegung stammenden, offiziellen Entwicklungshilfe-Attaché Pernerstorfer in Managua zusammen.²²¹ In einem Brief bat Entwicklungshelfer Baur, den Brigadisten, die zwei Wochen später ankommen sollten, Ersatzteile mitzugeben.²²² Offenbar hatte er auch die Aufgabe, die Brigadist*innen zu betreuen und sie vom Flughafen abzuholen.²²³ Die Brigadist*innen arbeiteten also bei „Dorf für Nicaragua“, einem großen Entwicklungshilfeprojekt, mit. Auch Ralf Leonhard, ein Mitglied der zweiten Brigade „Februar 34“, berichtete, dass einige voraussichtlich „in dem vom oesterreichischen hilfskomitee fuer nicaragua ‚adoptierten‘ siedlungsprojekt in azucenas aufbauarbeit leisten“ würden.²²⁴ Auch Sburny lernte in seiner Zeit als Brigadist in Nicaragua mehrere Entwicklungshelfer*innen kennen – untere anderen den „Betreuer“ Bruno Plunger.²²⁵

Neben der Zusammenarbeit mit der Entwicklungszusammenarbeit (EZA) während dem Einsatz barg auch das spätere Verhältnis dazu Konflikte. Viele Rückkehrer*innen stießen Hilfsprojekte an oder engagierten sich in Städtepartnerschaften und Entwicklungshilfe.²²⁶ Das führte aber zu internen Konflikten:

Also, wir waren immer relativ reserviert gegenüber dem Modell Entwicklungshilfe, weil wir immer gesehen haben, das ist eine Bevormundung, das ist, da ist sogar öfter das böse Wort gefallen vom Kulturimperialismus. [...] Wir, dann ganz wenig Leute gewesen, aber wir waren halt sozusagen die reine Lehre.²²⁷

Es existierte also ein Konflikt zwischen den Befürworter*innen und Gegner*innen von Entwicklungshilfe. Da Sburny eine sehr reservierte Haltung gegenüber der Entwicklungshilfe vertrat, ging er nicht auf Einladungen ein, die von Seiten der Entwicklungshilfe an die ARGE gerichtet waren.²²⁸ Ein weiterer Kritikpunkt war, dass

²²¹ Vgl. Stoff: Nicaragua im Spiegel (wie Anm. 28), S. 15; Sburny: (wie Anm. 1).

²²² Vgl. Baur: Brief an Wolf, Johanna Dohnal Archiv, XXI Entwicklungspolitik, Box 6, Managua, Boca de Sabalos, 21. Apr. 1986, S. 4f.

²²³ Vgl. Baur: Brief an Wolf (wie Anm. 222), S. 7.

²²⁴ Ralf Leonhard: verteidigung mit hammer und saege. zweite oesterreichische arbeitsbrigade in nicaragua. ein bericht, Johanna Dohnal Archiv, XXI Entwicklungspolitik, Box 4, Wien, 1. Feb. 1984; Vgl. auch Rybak: Sehr besondere Revolution (wie Anm. 6), S. 76, 90.

²²⁵ Vgl. Sburny: (wie Anm. 1).

²²⁶ Vgl. ebd.; Rybak: Sehr besondere Revolution (wie Anm. 6), S. 93, 100.

²²⁷ Sburny: (wie Anm. 1).

²²⁸ Vgl. ebd.

Österreich mit seiner EZA wirtschaftliche Interessen verfolge; dem standen jedoch Stimmen gegenüber, die von der Regierung mehr Engagement auf diesem Feld forderten.²²⁹

Das Engagement in Städtepartnerschaften wurde im Gegensatz zu „Projekthuberei“ als „gewisser Kompromiss“ zwischen „reine[r] Lehre“ und Projektarbeit angesehen²³⁰, da ihr Fokus auf dem Austausch und der Sensibilisierung der österreichischen Bevölkerung lag.²³¹ Brigadist Paul Pirker beschrieb die Rivalität zweier Extrempositionen in der Brigadenbewegung: einerseits die, die ausschließlich „revolutionäre Unterstützung“ leisten und sich nicht mit staatlich-paternalistischen Strukturen einlassen wollte.²³² Ihrer Ansicht nach ging es sie nichts an, wie das gespendete Geld verwendet wurde.²³³ Auf der anderen Seite standen Personen, die Partnerschaften und Projekte verfolgten.²³⁴

5.2.3. Verhältnis zu Regierung und Parteien

Das Verhältnis der Solidaritätsbewegung in Österreich zur Bundesregierung ist im internationalen Vergleich untypisch. Im Gegensatz beispielsweise zu Deutschland bot die Bundesregierung wenig Angriffsfläche.²³⁵ Vielmehr musste sich, wie bereits ausgeführt, die regierende SPÖ Kritik für ihr Engagement in Nicaragua gefallen lassen.²³⁶ Auf der anderen Seite erwarteten sich die Brigadist*innen nicht viel von der regierenden SPÖ.²³⁷ Viele Mitglieder der ARGE standen weit links der SPÖ. Es gab jedoch auch mehrere SPÖ-Mitglieder im Brigadenverein. Sie haderten mit dem Lavieren ihrer Parteigenoss*innen in der Nicaraguafrage.²³⁸ Vereinzelte Politiker*innen der SPÖ wurden jedoch als Verbündete in der Nicaraguafrage angesehen.²³⁹ Wie die Analyse der Motivationen gezeigt hat, war Engagement in vielen Fällen eine bewusste Abwendung von der institutionalisierten Politik und der SPÖ im Speziellen.²⁴⁰ Zur ÖVP waren die Beziehungen noch schwieriger, da ihr

²²⁹ Vgl. Rybak: Sehr besondere Revolution (wie Anm. 6), S. 87–89.

²³⁰ Sburny: (wie Anm. 1).

²³¹ Vgl. Rybak: Sehr besondere Revolution (wie Anm. 6), S. 93.

²³² Paul Pirker zit. n. Rybak: Sehr besondere Revolution (wie Anm. 6), S. 101, 93.

²³³ Vgl. Sburny: (wie Anm. 1).

²³⁴ Paul Pirker zit. n. Rybak: Sehr besondere Revolution (wie Anm. 6), S. 101.

²³⁵ Vgl. ebd., S. 27, 85.

²³⁶ Vgl. ebd., S. 37.

²³⁷ Vgl. Sburny: (wie Anm. 1).

²³⁸ Vgl. ebd.

²³⁹ Vgl. ebd.

²⁴⁰ Vgl. oben S. 3; Rybak: Sehr besondere Revolution (wie Anm. 6), S. 37; Stoff: Nicaragua im Spiegel (wie Anm. 28), S. 16.

offener Antikommunismus und Gegnerschaft zum FSLN keine Interessenüberschneidungen zuließ.²⁴¹

Die Brigaden wanden sich als Teil der Nicaraguasolidarität mit konkreten Forderungen an die Regierung.²⁴² Eine wichtige Forderung der Brigaden war die Eröffnung einer österreichischen Botschaft in Managua.²⁴³ Hinzu kam die Forderung, die Regierung solle die aggressive Nicaraguapolitik der US-Administration öffentlich und offensiv verurteilen.²⁴⁴ Als beispielsweise in Nicaragua Internationale durch die *Contra* ermordet worden waren, forderten die Brigaden Außenminister Jankowitsch direkt zu einer Rüge auf.²⁴⁵ Mit einer Antiinterventionskarawane, die in Kooperation mit revolutionären Bewegungen organisiert wurde, forderte die Solidaritätsbewegung europäische Regierungen zur Verurteilung der aggressiven US-Politik in Zentralamerika auf.²⁴⁶ Weite Teile der Solidaritätsbewegung wandten sich außerdem mit der Forderung nach mehr Entwicklungshilfe an die österreichische Regierung.²⁴⁷ Die Brigaden forderten eine spezifische Form der Entwicklungshilfe, um dem Problem des Paternalismus zu begegnen. Über Gelder sollte der FSLN ohne Zweckbindung frei verfügen können. Außerdem stellte man sich gegen die Kürzungspolitik unter Außenminister Mock.²⁴⁸

Zusätzlich wurden gerechtere Handelsbedingungen für Nicaragua und eine Ausweitung der Handelsbeziehungen angemahnt. Diese Forderung stieß jedoch, insbesondere bei im politischen Spektrum weit links Angesiedelten, auf Ablehnung. Einer positiven Entwicklung stünden Profitinteressen Österreichs entgegen.²⁴⁹

Tatsächlich konnte die Solidaritätsbewegung auf Regierungshandeln einwirken. Der Einschätzung Rybaks zufolge hatten die Aktivitäten der Solidaritätsbewegung einen starken Einfluss auf den Umfang der staatlichen EZA; dieser folgte mit gewisser Verzögerung den Aktivitätszyklen der Bewegung.²⁵⁰ Laut Kanamüller war es der Bewegung zu verdanken, dass die Entwicklungshilfe für Nicaragua nicht ganz gestrichen wurde.²⁵¹ Weiter konnte verhindert werden, dass ein deutscher

²⁴¹ Vgl. Sburny: (wie Anm. 1).

²⁴² Vgl. Rybak: Sehr besondere Revolution (wie Anm. 6), S. 76, 83.

²⁴³ Vgl. Sburny: (wie Anm. 1).

²⁴⁴ Vgl. ebd.

²⁴⁵ Vgl. Rybak: Sehr besondere Revolution (wie Anm. 6), S. 72.

²⁴⁶ Vgl. Rybak: Sehr besondere Revolution (wie Anm. 6), S. 83.

²⁴⁷ Vgl. ebd., S. 87–89.

²⁴⁸ Vgl. ebd.

²⁴⁹ Vgl. ebd., S. 87f., 92.

²⁵⁰ Vgl. ebd., S. 89f.

²⁵¹ Vgl. Kanamüller: Solidaritätsarbeit: nutzlose Anstrengung? (wie Anm. 6), S. 108.

Geschäftsmann zum österreichischen Generalkonsul ernannt wurde.²⁵² Dass später Pernerstorfer als Entwicklungshilfe-Attaché nach Nicaragua entsandt wurde, ist auf den Druck der Zivilgesellschaft zurückzuführen. Allerdings sieht Kanamüller darin einen Phyrussieg, da somit der Entsendung einer Botschafterin oder eines Botschafters und der damit einhergehenden diplomatischen Aufwertung der Sandinist*innen das Momentum genommen wurde.²⁵³ Ein großer Erfolg war auch, dass die SPÖ zur Positionierung gedrängt wurde und damit „zumindest in begrenztem Rahmen [gezwungen war] Konflikte mit der ÖVP auszutragen“.²⁵⁴ Jankowitsch sieht die Kontinuität in der Nicaraguapolitik während der Großen Koalition auch in der breiten Unterstützung der österreichischen Zivilgesellschaft begründet.²⁵⁵ Rybak stellte „eine allgemeine Tendenz fest [...], dass von offizieller Seite zwar Forderungen der Bewegung nachgegeben, diese aber von ihrem eigentlichen politischen Inhalt teilweise entfremdet umgesetzt wurden.“²⁵⁶ Als Beispiel nennt er die Städtepartnerschaft zwischen Salzburg und León, die zwar gegen den Widerstand der ÖVP entstanden war, jedoch auf unpolitische, humanitäre Ziele festgeschrieben wurde.²⁵⁷

Kanamüller kritisierte, dass aus der Solidarität an die Politik ausschließlich Forderungen gestellt, jedoch keine Strategie zur Umsetzung verfolgt wurden.²⁵⁸ Dass dies nur eingeschränkt zutraf, zeigen verschiedene Formen der Einflussnahme. Dazu gehörte der Kontakt zu Schlüsselpersonen in der Politik. Beispielsweise wollte die ARGE 1986 einen Werbespot für den Verkauf von Nicaragua-Kaffee in österreichischen Kinos ausstrahlen. Elisabeth Reinthaler wandte sich mit der Bitte nach einem Begleitschreiben an die Kinobesitzer*innen an Staatssekretärin Dohnal.²⁵⁹ Diese entsprach der Bitte und versprach darüber hinaus, sich im ÖHN für eine Finanzierung des Projektes einzusetzen.²⁶⁰ Sburny berichtete von einem guten Draht zu Erwin Lanc, der in der einschlägigen Periode verschiedene Ministerämter

²⁵² Vgl. ebd.

²⁵³ Vgl. ebd.

²⁵⁴ Ebd., S. 107f.

²⁵⁵ „Also dann auch deswegen, weil ja Nicaragua immer auch eine sehr starke Unterstützung hatte in der Zivilgesellschaft, nicht.“ Jankowitsch: (wie Anm. 3)

²⁵⁶ Rybak: Sehr besondere Revolution (wie Anm. 6), S. 86.

²⁵⁷ Vgl. ebd.

²⁵⁸ Vgl. Kanamüller: Solidaritätsarbeit: nutzlose Anstrengung? (wie Anm. 6), S. 108.

²⁵⁹ Vgl. Elisabeth Reinthaler: Brief an Johanna Dohnal, Johanna Dohnal Archiv, XXI Entwicklungspolitik, Box 6, Wien, 25. Mai 1986.

²⁶⁰ Vgl. Johanna Dohnal: Brief an Elisabeth Reinthaler, Johanna Dohnal Archiv, XXI Entwicklungspolitik, Box 6, Wien, 16. Juli 1986.

innehatte. Sonst hätten die Brigaden jedoch „nicht allzu viel mit der Regierung zu tun gehabt.“²⁶¹

Neben dem Kontakt zu einzelnen Politiker*innen wurde die Regierung auch durch Petitionen oder in der Form von Demonstrationen angesprochen.²⁶² In der Form offener Briefe an die Regierung, in denen Kritik an unzureichender Politik artikuliert wurde, erzeugten die Brigaden öffentlichen Druck.²⁶³

Da die ARGE ihre Chancen, Regierung und Nationalrat direkt zu beeinflussen, als gering einschätzte, wählte sie außerdem die Strategie, über (eigene) Medien und Protestaktionen auf die öffentliche Meinung einzuwirken.²⁶⁴

5.2.4. Verhältnis zu Medien

Das Verhältnis der Solidaritätsbewegung zu den Medien war schwierig. „[D]ie wichtigen Medien, also die Marktmedien, nicht nur der Boulevard, sondern auch die sogenannte Qualitätspresse, der Standard, die Presse, der ORF“²⁶⁵ unterlagen, so die gängige Meinung, beim Thema Nicaragua einem US-amerikanischen Bias.²⁶⁶

Es wurde bemängelt, dass grundsätzlich zu wenig und von einer US-zugewandten Perspektive berichtet wurde. Sburny erinnert sich, dass Nicaragua vor der Besetzung des Nationalpalastes 1978 in der Presse ignoriert wurde.²⁶⁷ Der Mangel an linken Blättern in Österreich tat sein Übriges.²⁶⁸

Aus dieser Wahrnehmung von Nicht- und Desinformation machte die Solidaritätsbewegung eine Tugend, indem sie selbst zu informieren begann. Das ÖHN brachte ab 1987 die *Nicaragua Nachrichten* heraus.²⁶⁹ Die ARGE publizierte von 1985–87 *Nicaragua Libre*.²⁷⁰ Eine weitere Publikation war das zweiwöchige Bulletin, das ab 1988 von der Koordinationsstelle der österreichischen Solidaritätsbewegung für Nicaragua verbreitet wurde.²⁷¹ Weitere alternative Information stammte vom Österreichischen Informationsdienst für Entwicklungspolitik (ÖIE), der insbesondere während der Ära Kreisky viel Förderung

²⁶¹ Sburny: (wie Anm. 1); auch die Beziehung zu den sozialdemokratischen Eheleuten Nowotny, war ein solcher Zugang.

²⁶² Vgl. ebd.

²⁶³ Beispielsweise kritisierten die Solidaritätsbewegung in einem offenen Brief an Vranitzky und Mock die Kürzungen der Entwicklungshilfe. Vgl. Rybak: *Sehr besondere Revolution* (wie Anm. 6).

²⁶⁴ Vgl. Sburny: (wie Anm. 1).

²⁶⁵ Sburny: (wie Anm. 1).

²⁶⁶ Siehe ausführlich Stoff: *Nicaragua im Spiegel* (wie Anm. 28); Vgl. außerdem Sburny: (wie Anm. 1); Rybak: *Sehr besondere Revolution* (wie Anm. 6), S. 77–88, 104.

²⁶⁷ Vgl. Sburny: (wie Anm. 1).

²⁶⁸ Vgl. ebd.

²⁶⁹ Vgl. Stoff: *Nicaragua im Spiegel* (wie Anm. 28), S. 19.

²⁷⁰ Vgl. ebd., S. 20.

²⁷¹ Vgl. ebd.

erfuhr und damit zum Politikum in der Parteienkonkurrenz wurde. Er veröffentlichte mit den Entwicklungspolitischen Nachrichten (EPN) eine wichtige Stimme im österreichischen Diskurs über Nicaragua.²⁷² Hinzu kam das selbsternannte „Zentrum der Gegeninformation“,²⁷³ die *Agencia Periodística de Información Alternativa* (APIA), das mit ihrer Berichterstattung seit der Endoffensive 1979 der als dominant wahrgenommenen US-Position Paroli bot. Information wurde nicht nur an eine Vielzahl deutschsprachiger Medien verkauft, sondern nach der Zusammenlegung mit der Zeitschrift *Lateinamerika anders* auch in einem eigenen Medium verbreitet.²⁷⁴ Ursprünglich war diese von der Informationsgruppe Lateinamerika (IGLA) herausgegeben worden, die schon seit 1975 versuchte eine Gegenöffentlichkeit zu schaffen.²⁷⁵

Stellvertretend für andere Medien aus der Solidaritätsbewegung hat Stoff die EPN analysiert. Immer wiederkehrende Themen waren „Pluralismus und Demokratie in Nicaragua“, die Unterstützung, die der FSLN in der nicaraguanischen Bevölkerung genoss, die Förderung und Herausbildung eines allgemeinen „politischen Bewusstseins“, die „Ökonomie und Soziale Reformen“, die aggressive US-Politik gegenüber Nicaragua und der zentralamerikanische Friedensprozess.²⁷⁶ Dabei ging es darum, die aus Politik und Medienlandschaft artikulierten Vorwürfe an die Adresse der Sandinist*innen zu entkräften.²⁷⁷

Die Herausgabe von Medien war außerdem ein Mittel, um Geld für die Solidaritätsarbeit zu akquirieren. (Potentielle) Spender*innen wollten über den Fortlauf der Revolution informiert werden und sehen, was ihre Spenden bewirkten.²⁷⁸

Zusätzlich versuchte die ARGE mit teils kreativen Mitteln, Inhalte in den etablierten Medien unterzubringen.²⁷⁹ In Reaktion auf krude Meldungen, österreichische Brigadist*innen würden in Ausbildungslagern des FSLN zu Guerilla-Kämpfer*innen ausgebildet, luden sie zu einer Pressekonferenz ein, um vorgeblich von ihren Erfahrungen im Trainingslager zu berichten. Dort erzählten Aktivist*innen dann jedoch von ihren tatsächlichen Erfahrungen und gaben Sichtweisen des FSLN

²⁷² Vgl. ebd., S. 27–9, 39–98.

²⁷³ Leo Gabriel, 26.5.2007, zit. n. ebd., S. 30.

²⁷⁴ Vgl. ebd.

²⁷⁵ Vgl. Stoff: Nicaragua im Spiegel (wie Anm. 28), S. 30f.

²⁷⁶ Vgl. ebd., S. 94–98.

²⁷⁷ Vgl. ebd., S. 93.

²⁷⁸ Vgl. Sburny: (wie Anm. 1).

²⁷⁹ Vgl. Rybak: Sehr besondere Revolution (wie Anm. 6), S. 45; Sburny: (wie Anm. 1).

wieder. Letzten Endes berichtete nur eine der anwesenden Journalist*innen von der Pressekonferenz.²⁸⁰

Der ÖIE ist außerdem ein interessantes Beispiel, wie umkämpft die Deutungshoheit um entwicklungspolitische Themen im Allgemeinen und Nicaragua im Speziellen war. Er war unter der Regierung Kreisky massiv unterstützt worden. Unter den nachfolgenden SPÖ-geführten Regierungen wurden jedoch von Jahr zu Jahr Gelder gekürzt. Zu radikalen Kürzungen kam es dann durch den Leiter der Sektion Entwicklungshilfe Hochleitner unter ÖVP-Außenminister Mock.²⁸¹

Rybak hält Öffentlichkeitsarbeit für den Arbeitsschwerpunkt der ARGE.²⁸² „Politik[...] als Herstellung von Öffentlichkeit“²⁸³ wurde auch mit (medienwirksamen) Protestaktionen gemacht. Beispielsweise demonstrierten Aktivist*innen unter dem Motto „erschießt uns doch gleich hier“ vor der US-Botschaft gegen die Ermordung Internationaler durch die *Contra*.²⁸⁴

Eine weitere Strategie zur Herstellung eines positiven Bildes des FSLN war die Organisation kulturelle Veranstaltungen, bei denen nicaraguanische Künstler oder Politiker, so zum Beispiel Carlos Mejía Godoy oder Ernesto Cardenal eingeladen wurden. Dabei erhielt die Solidaritätsbewegung oftmals Unterstützung hochrangiger SPÖ-Politiker*innen wie Kreisky.²⁸⁵ Ebenso wurden Prominente und Nationalratsabgeordnete angesprochen und deren Unterschriften gesammelt, um die Revolution in ein besseres Licht zu rücken.²⁸⁶ 1986 wurde ein ARGE-Werbespot gedreht, der in 50 Kinos ausgestrahlt und vom ÖHN mitfinanziert worden war.²⁸⁷

Einschränkend muss jedoch die beschränkte Reichweite solcher Aktivitäten genannt werden. Begrenztes Personal, kleine Auflagen und der Kreis der Leser*innen, der sich weitestgehend auf Sympathisant*innen der Revolution und der Solidaritätsbewegung beschränkte, erschwerten eine Beeinflussung der breiteren Öffentlichkeit und der Regierungspolitik.²⁸⁸ Zu beachten ist außerdem, dass sich Regierungsmitglieder wie Kreisky oder Dohnal nicht in ihrer politischen Funktion, sondern als Privatpersonen für die Solidaritätsbewegung engagierten.

²⁸⁰ Vgl. ebd.

²⁸¹ Vgl. Stoff: Nicaragua im Spiegel (wie Anm. 28), S. 27–29.

²⁸² Vgl. Rybak: Sehr besondere Revolution (wie Anm. 6), S. 58.

²⁸³ Sburny: (wie Anm. 1).

²⁸⁴ Ebd.

²⁸⁵ Z. B. bei den Lateinamerika-Wochen in Wien 1983. Vgl. Rybak: Sehr besondere Revolution (wie Anm. 6), S. 78.

²⁸⁶ Vgl. Sburny: (wie Anm. 1); Rybak: Sehr besondere Revolution (wie Anm. 6), S. 83.

²⁸⁷ Vgl. Gerhild Folberth: Protokoll über die Sitzung des Hilfskomitees für Nicaragua am 22.9.1986, Johanna Dohnal Archiv, XXI Entwicklungspolitik, Box 6, 22. Sep. 1986, S. 3.

²⁸⁸ Vgl. Sburny: (wie Anm. 1).

6. Zusammenführung der Ergebnisse

Die Analyse hat gezeigt, dass die Beschäftigung mit Nicaragua in den 1980er Jahren eine ganze Reihe von Konflikten zu Tage förderte. Diese verliefen zwischen und innerhalb der Volksparteien. Ebenso brachen Konflikte innerhalb der Brigaden (als *Teil* der Solidaritätsbewegung) sowie in deren Beziehung zu Regierung und Parteien auf.

Bei der Bewertung des FSLN lagen die Volksparteien denkbar weit auseinander. Während die ÖVP mit Verweis auf die Gefahr des Marxismus-Leninismus und die Neutralität Österreichs jegliche Kooperation mit dem Regime ablehnte, befürwortete die SPÖ diese. Befreiungsbewegungen und der Kampf um Unabhängigkeit auch gegenüber den USA seien zu unterstützen. Diese Divergenz übersetzte sich in Auseinandersetzungen zwischen den Parteien. Während die Haltungen gegenüber dem FSLN in den Parteien sehr klar formuliert wurden, blieb die Regierungspolitik hinter den kommunizierten Überzeugungen zurück. So konnte die Große Koalition bereits an ein im Abbau befindliches Engagement und eine Annäherung an die USA anschließen. Allgemein war das Verhältnis der ÖVP zu den Vereinigten Staaten näher und eindeutiger. In der Sozialdemokratie wurde eine unabhängige Außenpolitik reklamiert und die aggressive US-Politik in Zentralamerika verurteilt. Gleichzeitig suchte die Partei unter den Außenministern Gratz und Jankowitsch bessere Beziehungen aufzubauen und vermied öffentliche Kritik. Die Konflikte wurden auch über die internationale Parteienkoordination ausgetragen. Die herausragende Rolle Österreichs, sowohl in der SI als auch in EDU/IDU machten die Parteienverbände zu Instrumenten der Interessenverfolgung, auch in Nicaragua. Das Verhältnis zu den Brigaden war ebenso wenig eindeutig. Obwohl es organisatorische, kommunikative, und personelle Unterstützung gab, richteten sich einzelne Politiken der Sozialdemokraten gegen sie.

Innerhalb der Brigaden gab es Konflikte, in wie weit die Solidarität mit dem Sandinismus kritisch zu sein habe. Allgemein wurde die Revolution jedoch unterstützt, in der ein progressives, gesellschaftliches Projekt gesehen wurde, das sich gegen den US-Imperialismus verteidigen musste. Weitere interne Konflikte ergaben sich aus der Frage, ob Entwicklungshilfe zu unterstützen war. Die Überzeugung, EZA fördere Rassismus, Paternalismus und fortgesetzte Abhängigkeiten, stand dem Wunsch gegenüber, von Krieg gezeichneten Menschen eine bessere Zukunft mit zu ermöglichen. Das Verhältnis zur Regierung war ambivalent. Aufgrund der konkreten Solidarität, die in der SPÖ geübt wurde, war

eine eindeutige Verurteilung nicht möglich. Die Brigaden wandten sich mit Forderungen an die Regierung und einzelne Abgeordnete, und hofften so, auf deren Politikentscheidungen einwirken zu können. Besonders der Zugang zu Einzelpersonen, so z. B. Kreisky, Dohnal oder Lanc, wurde genutzt. Die Kurskorrekturen – eingeleitet von SPÖ und forciert von ÖVP – die verstärkt auf Nachbarschaftspolitik setzte und die Weltpolitik schwächte, wurde in der Nicaragua-Solidarität verurteilt. Kritik und Einflussnahme der Solidaritätsbewegung zeigten vereinzelte Früchte. Trotzdem wurden die Chancen, direkt über Parlament und Regierung Politik mitzugestalten, als gering eingeschätzt. Die Hinwendung zu Öffentlichkeitsarbeit zum Thema Nicaragua war daher ein probates Mittel – gerade auch wegen des in der etablierten Presse wahrgenommenen US-Bias. Mit eigener Zeitschrift, Informations- und Kulturveranstaltungen sowie auf die Straße getragenen Protest versuchte der Brigadenverein ARGE an einer Gegendarstellung und -öffentlichkeit mitzuwirken.

A. Bibliographie

A.1. Primärquellen

Baur: Brief an Wolf, Johanna Dohnal Archiv, XXI Entwicklungspolitik, Box 6, Managua, Boca de Sabalos, 21. Apr. 1986.

Dohnal, Johanna: Brief an Elisabeth Reinthaler, Johanna Dohnal Archiv, XXI Entwicklungspolitik, Box 6, Wien, 16. Juli 1986.

Fischer, Heinz: Muß Österreichs Außenpolitik revidiert werden?, in: Europäische Rundschau 10.1 (1982), S. 3–12.

Folberth, Gerhild: Protokoll über die Sitzung des Hilfskomitees für Nicaragua am 22.9.1986, Johanna Dohnal Archiv, XXI Entwicklungspolitik, Box 6, 22. Sep. 1986.

Jankowitsch, Peter: Österreich und die Dritte Welt, in: Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik 20.3 (1980), S. 193–207.

Jankowitsch, Peter: Neue Perspektiven der Blockfreiheit? Nach dem Gipfel von Neu Delhi, in: Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik 23.1 (1983), S. 3–18.

Jankowitsch, Peter, persönl. Gespräch, Wien, 15. Jan. 2016.

Khol, Andreas: Zur Kritik und Bestandsaufnahme der österreichischen Außenpolitik, in: Europäische Rundschau 9.3 (1981), S. 111–118.

Khol, Andreas: Außenpolitik als Realutopie. Kanten einer neuen Außenpolitik, in: Stephan Koren u. a. (Hrsg.): Politik für die Zukunft. Festschrift für Alois Mock, Wien u. a.: Böhlau Verl., 1984, S. 457–476.

- Khol, Andreas, persönl. Gespräch, Wien, 3. Dez. 2015.
- Kicker, Renate u. a.: Das Verhältnis von Außenpolitik und Öffentlichkeit in Österreich. Zusammenfassung der Herausgeber, in: dies. (Hrsg.): Außenpolitik und Demokratie in Österreich. Strukturen, Strategien, Stellungnahmen; ein Handbuch, Salzburg: Wolfgang Neugebauer Verl., 1983, S. 371–429.
- Leonhard, Ralf: verteidigung mit hammer und saege. zweite oesterreichische arbeitsbrigade in nicaragua. ein bericht, Johanna Dohnal Archiv, XXI Entwicklungspolitik, Box 4, Wien, 1. Feb. 1984.
- Mock, Alois: Die internationale und innenpolitische Bedeutung des Staatsvertrags, in: Europäische Rundschau 8.2 (1980), S. 43–50.
- Mock, Alois: Die internationale Situation in den achtziger Jahren, in: Europäische Rundschau 9.4 (1981), S. 29–37.
- Mock, Alois: Standpunkte, Graz u. a.: Verl. Styria, 1982.
- Mock, Alois: Außenpolitische Erklärung von ÖVP-Bundesparteiohmann Dr. Alois Mock vom 21. April 1986, in: Österreichisches Journal für Internationale Politik 1986.
- Reinthal, Elisabeth: Brief an Johanna Dohnal, Johanna Dohnal Archiv, XXI Entwicklungspolitik, Box 6, Wien, 25. Mai 1986.
- Sburny, Herbert, persönl. Gespräch, Wien, 4. Dez. 2015.
- Staatsvertrag betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich, Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich, Stück 39, Nr. 152, Wien, 30. Juli 1955.
- Steinbauer, Heribert, persönl. Gespräch, Wien, 13. Jan. 2016.
- Treytl, Johannes M.: Protokoll der Gründung des Solidaritätskomitees für Nicaragua vom 20. Nov. 15 Uhr, Bundeskanzleramt, Kreisky Archiv, VII.1 Länderboxen. Nicaragua Box 1, Wien, 20. Nov. 1983.

A.2. Sekundärquellen

- Benedek, Wolfgang: Österreichs Außenpolitik in den Nord–Süd–Beziehungen, in: Renate Kicker u. a. (Hrsg.): Außenpolitik und Demokratie in Österreich. Strukturen, Strategien, Stellungnahmen; ein Handbuch, Salzburg: Wolfgang Neugebauer Verl., 1983, S. 321–370.
- Brüsemeister, Thomas: Qualitative Forschung. Ein Überblick, 2. Aufl., Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwissenschaften, 2008, doi: 10.1007/978-3-531-91182-3.

- Dohnal, Johanna: Brief an den Dienststellenausschuss für die Bewährungshilfe, Johanna Dohnal Archiv, XXI Entwicklungspolitik, Box 4, Wien, 24. Jan. 1984.
- Dolezal, Martin: Globalisierung und die Transformation des Parteienwettbewerbs in Österreich. Eine Analyse der Angebotsseite, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 34.2 (2005), S. 163–176, doi: 10.15203/ozp.875.vol34iss2.
- Feichtinger, Johannes u. a. (Hrsg.): Habsburg postcolonial. Machtstrukturen und kollektives Gedächtnis (Gedächtnis – Erinnerung – Identität 2), Innsbruck und Wien: Studien-Verl., 2003.
- Förch, Michael: Zwischen utopischen Idealen und politischer Herausforderung. die Nicaragua-Solidaritätsbewegung in der Bundesrepublik ; eine empirische Studie (Hispano-Americana 6), Frankfurt a. M. u. a.: Lang, 1995.
- Franz, Margit: Venceremos – auch hierzulande? Österreichs Entwicklungszusammenarbeit mit dem sandinistischen Nicaragua, Diplomarbeit, Graz, 1993.
- Gehler, Michael: Geschichte vergleichender Parteien – Außenpolitik und Mitgliedschaft in der Europäischen Union. SPÖ und ÖVP in internationalen Organisationen und transnationalen Netzwerken 1945–2005, in: Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen 43 (2010), S. 7–46, doi: 10.13154/mts.43.2010.7-46.
- Gehler, Michael und Johannes Schönner: Transnationale christdemokratische Parteienkooperation in Europa 1965–1989. Der Beitrag österreichischer Ideen und Initiativen, in: Demokratie und Geschichte 11–12.1 (Dez. 2008), S. 271–318, doi: 10.7767/dug. 2008.1112.1.271.
- Heiss, Hans: Der ambivalente Modellfall. Südtirol 1918–1998, in: Moving The Social 21 (1998), S. 225–241, doi: 10.13154/mts.21.1998.225-241.
- Helfferich, Cornelia: Die Qualität qualitativer Daten. Manual für die Durchführung qualitativer Interviews, 4. Aufl., Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwissenschaften, 2011.
- Heß, Klaus und Barabara Lucas: Die bundesdeutsche Solidaritätsbewegung, in: Otker Bujard (Hrsg.): Die Revolution ist ein Buch und ein freier Mensch. die politischen Plakate des befreiten Nicaragua 1979 - 1990 und der internationalen Solidaritätsbewegung, Köln: Papyrossa, 2007, S. 306–317.
- Hödl, Gerald: Österreich und die Dritte Welt. Außen- und Entwicklungspolitik der Zweiten Republik bis zum EU-Beitritt 1995, Wien: Promedia, 2004.

- Höll, Otmar: Entwicklungspolitik, in: Herbert Dachs u. a. (Hrsg.): Politik in Österreich. Das Handbuch, Wien: Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung, 2006, S. 884–904.
- Humer, Alexandra: Solidarität mit Nicaragua? Städtepartnerschaften als Beispiel kommunaler EZA in Österreich und ihre Rolle in der OEZA, Diplomarbeit, Wien: Universität Wien, 2013.
- Kanamüller, Ursula: Solidaritätsarbeit: nutzlose Anstrengung? Möglichkeiten und Grenzen des Lernens in politischem Handeln am Beispiel der österreichischen Solidaritätsbewegung für Nicaragua (1979-1989) (Bildung, Arbeit, Gesellschaft 12), Kurzfassung von: Diss., 1989 u.d.T.: Kanamüller, Ursula: Möglichkeiten und Grenzen des Lernens in politischem Handeln am Beispiel der österreichischen Solidaritätsbewegung für Nicaragua, München und Wien: Profil, 1992.
- Karasek, Franz: Für eine engagierte Neutralitätspolitik, in: Österreichische Monatshefte 27.8/9 (1971).
- Kovacs, Fritz: Österreich – Nicaragua. Versuche einer Einflussnahme auf die Politik durch die österreichische Solidaritätsbewegung für Nicaragua, Nicht approbierter Entwurf einer Dissertation, Sep. 1996.
- Kramer, Helmut: Strukturentwicklung der Außenpolitik (1945–2005), in: Herbert Dachs u. a. (Hrsg.): Politik in Österreich. Das Handbuch, Wien: Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung, 2006, S. 807–837.
- Kriechbaumer, Robert: Zeitenwende. die SPÖ-FPÖ-Koalition 1983 - 1987 in der historischen Analyse, aus der Sicht der politischen Akteure und in Karikaturen von Ironimus (Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für politisch-historische Studien der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek, Salzburg 33), Wien u. a.: Böhlau Verl., 2008.
- Pelinka, Anton: Die Kleine Koalition, in: Reinhard Sieder u. a. (Hrsg.): Österreich 1945–1995. Gesellschaft, Politik, Kultur, 2. Aufl. (Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik 60), Wien: Verl. für Gesellschaftskritik, 1996, S. 279–289.
- Prutsch, Markus J.: „Neutralität“ – Positionen und Positionswandel der ÖVP im Spiegel von Grundsatz- und Wahlprogrammen sowie Regierungserklärungen der Zweiten Republik. eine Bilanz, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 35.4 (2006), S. 425–440, doi: 10.15203/ozp.901.vol35iss4.
- Rybak, Jan: Eine sehr besondere Revolution, die ich kennenlernen wollte. Die österreichische Nicaragua-Solidaritätsbewegung 1979–1990, Bremen: Wiener Verl. für Sozialforschung, 2015.

Stoff, Alexander: Die sandinistische Revolution in Nicaragua im Spiegel der entwicklungspolitischen Presse in Österreich. Nicaragua im Spiegel, Diplomarbeit, Universität Wien, 2007.

United Nations: World Population Prospects, The 2015 Revision Volume I: Comprehensive Tables (ST/ESA/SER.A/379), New York: Department of Economic and Social Affairs, 2015.

Wachter, Hubert: Alois Mock. Ein Leben für Österreich, St. Pölten und Wien: Verl. Niederösterreichisches Pressehaus, 1994.

Walker, Thomas W. und Christine J. Wade: Nicaragua. Living in the shadow of the eagle, 5. Aufl., Boulder: Westview Press, 2011.

B. Methode, Erhebungs- und Kodierprozess

Die Frage nach der Sicht von Brigadist*innen auf österreichische Politik und umgekehrt ist in der Forschung bisher kaum behandelt worden.²⁸⁹ Aufgrund dieses blinden Flecks ist ein qualitatives Forschungsdesign anzuwenden, das sich durch seinen explorativen Charakter auszeichnet.²⁹⁰ Da die Methode der Forschungsfrage zu folgen hat, um die Gegenstandsangemessenheit zu gewährleisten, präferierte ich theoretisch informierte Leitfadeninterviews anstatt eines *Grounded-Theory*-Ansatzes. Der Datenerhebung ging also ein Studium von Sekundärquellen über das Themengebiet voraus. Zentral waren neben den Gesamtdarstellungen zu den Brigaden von Rybak und Kanamüller auch die Analyse Stoffs zum Umgang der Medien mit dem Thema Nicaragua.²⁹¹ Die Konflikte um die Nicaraguapolitik sind bei Hödl und Kriechbaumer umfassend dargestellt.²⁹² So entstanden erste Sinnkategorien, die im späteren Forschungsverlauf gezielt aufgegriffen wurden. Der Leitfaden war für die Interviews jedoch nicht starr, sondern entwickelte sich von Interview zu Interview weiter. Von Gesprächspartnern aufgeführte Kategorien wurden als solche kodiert und in späteren Gesprächen miteinbezogen.

Die Auswertung von Einzelfällen basierte auf der Annahme, dass die Bestimmung „*typischer* Muster und nicht [...] *Verteilungsaussagen*“²⁹³ – wie das bei quantitativer Forschung der Fall ist – eine Verallgemeinerung ermöglichen. „[L]atente

²⁸⁹ Vgl. Rybak: Sehr besondere Revolution (wie Anm. 6), Kap. 6, geht auf einige Punkte ein.

²⁹⁰ Siehe Thomas Brüsemeister: Qualitative Forschung. Ein Überblick, 2. Aufl., Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwissenschaften, 2008, doi: 10.1007/978-3-531-91182-3, S. 28.

²⁹¹ Rybak: Sehr besondere Revolution (wie Anm. 6); Kanamüller: Solidaritätsarbeit: nutzlose Anstrengung? (wie Anm. 6); Stoff: Nicaragua im Spiegel (wie Anm. 28).

²⁹² Hödl: Österreich und die Dritte Welt (wie Anm. 70); Kriechbaumer: Zeitenwende (wie Anm. 122).

²⁹³ Cornelia Helfferich: Die Qualität qualitativer Daten. Manual für die Durchführung qualitativer Interviews, 4. Aufl., Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwissenschaften, 2011, S. 173, beide Herv. im Orig.

Sinnstrukturen“, so Helfferich, seien auch anhand von Einzelfällen erkennbar.²⁹⁴ Zur Anreicherung wird auf zeitgenössische Stellungnahmen zur Außenpolitik Österreichs²⁹⁵ und vereinzelte Dokumente aus dem Johanna Dohnal Archiv zurückgegriffen.

C. Abkürzungsverzeichnis

- ANC** Afrikanischer Nationalkongress
AGKM Arbeitsgemeinschaft Kritische Medizin
APIA *Agencia Periodística de Información Alternativa*
ARGE Arbeitsgemeinschaft für das freie Nicaragua
CIA *Central Intelligence Agency*
EDU Europäische Demokratische Union
EPN Entwicklungspolitische Nachrichten
EG Europäische Gemeinschaft
EU Europäische Union
EUCD *European Union of Christian Democrats*
EVP Europäische Volkspartei
EZA Entwicklungszusammenarbeit
FPÖ Freiheitliche Partei Österreichs
FSLN *Frente Sandinista de Liberación Nacional* (Sandinistische Nationale Befreiungsfront)
IDU Internationale Demokratische Union
NATO *North Atlantic Treaty Organization*
N+N-Staaten *Neutral and Non-Alligned States*
IGLA Informationsgruppe Lateinamerika
IIZ Institut für Internationale Zusammenarbeit
IWF Internationaler Währungsfonds
OAS Organisation Amerikanischer Staaten
OPEC Organisation erdölexportierender Länder
ÖED Österreichischer Entwicklungsdienst
ÖHN Österreichisches Hilfskomitee für Nicaragua
ÖIE Österreichischer Informationsdienst für Entwicklungspolitik
ÖSKN Österreichisches Solidaritätskomitee für Nicaragua
ÖVP Österreichische Volkspartei
PLO Palästinensische Befreiungsorganisation

²⁹⁴ Ebd.

²⁹⁵ Renate Kicker u. a.: Das Verhältnis von Außenpolitik und Öffentlichkeit in Österreich. Zusammenfassung der Herausgeber, in: dies. (Hrsg.): Außenpolitik und Demokratie in Österreich. Strukturen, Strategien, Stellungnahmen; ein Handbuch, Salzburg: Wolfgang Neugebauer Verl., 1983, S. 371–429; Fischer: Österreichs Außenpolitik (wie Anm. 104); Jankowitsch: Österreich (wie Anm. 97); ders.: Neue Perspektiven der Blockfreiheit? Nach dem Gipfel von Neu Delhi, in: Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik 23.1 (1983), S. 3–18; Khol: Außenpolitik als Realutopie (wie Anm. 178); ders.: Kritik und Bestandsaufnahme (wie Anm. 121); Mock: Standpunkte (wie Anm. 98); ders.: Internationale Situation (wie Anm. 70); ders.: Die internationale und innenpolitische Bedeutung des Staatsvertrags, in: Europäische Rundschau 8.2 (1980), S. 43–50.

RGW Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe

SI Sozialistische Internationale

SPÖ Sozialistische Partei Österreichs

UN Vereinte Nationen